

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Mus.

Aboimmenspreis 50 Pf. pro Monat,  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzelne Nummern 1 Mark.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse: Altvorstand Bochum.

Anverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.

Bei Abbruch unserer Originalartikel bitten wir um Quellenanabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen.

Druck u. Verlag von Haasmann &amp; Co., Bochum, Michaelisstr. 42.

Anzeigen kosten die siebenfache Kostens. Zelle resp. deren Raum 1,- Mark.  
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei  
25maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Tag oder später zur Auslieferung gelangen.

Am ersten Mai zieht all' hinaus,  
Geschmückt den Hut mit grünem Strauss,  
Durch Berg und Tal, durch Feld und Wald  
Und singt, dass es in Lüften schallt. —

Doch fordert auch und demonstriert,  
Ihr wisst ja wo der Weg hinführt —  
Das Singen tut es nicht allein,  
Wir müssen noch durch Stock und Stein. —

Und dann, ihr Knappen, denkt daran,  
Die Wahl zum Landtag rückt heran,  
Dem Landtag, der euch so verhasst,  
Ihr Knappen, dass ihr dann nicht passt. —

## Zum ersten Mai.

Rauh ist der Weg und dornig viel,  
Das Wandern ist kein Kinderspiel —  
Doch trotzt auch noch die Herrenwelt,  
Die Forderung haben wir gestellt:

Wir fordern die Achtstundenschicht,  
(Wer länger schuftet ist ein Wicht)  
Und für die angestrenge Fron  
Nicht Abbruch, sondern höhern Lohn —

So lobt wacker eure Pflicht  
Am ersten Mai und säumet nicht,  
Ihr wisst ja wo der Weg hinführt —  
Und fordert laut und demonstriert. — II. K.

Wir fordern Ruh, wir fordern mehr,  
Bis jetzt ist unser Dasein leer  
Am Schönen, an des Wissens Fluss,  
Wir fordern hier auch Mitgenuss. —

Vor allem aber fordern wir  
(Der Tod geht um im Bergrevier)  
(Der Felssturz dreut, das Wetter kracht)  
Die Selbstkontrolle in dem Schacht. —

## Der 1. Mai.

Blast nur, ihr Stürme,blast mit Macht,  
Wir soll dorob nicht bangen,  
Auf leisen Sohlen über Nacht  
Kommt doch der Mensch gegangen."

Auch für die entrichtete und unterdrückte Arbeiterschaft, deren Dasein freude- und lichtlos dahinsiegt, muß es einmal Frühling werden. Von dieser Hoffnung, dieser Zuversicht, ist unsere Bewegung getragen, voll Hoffnung und Zuversicht auf eine bessere, schönere Zukunft, begeht die organisierte Arbeiterschaft ihre Maifeier. Mit ihrer Maifeier verknüpft die Arbeiterschaft ihre Forderungen des Friedens und der Gerechtigkeit. Kein Wunder ist es darum, wenn die Gegner allen Fortschritts, aller Gerechtigkeit, hinter dieser friedlichen Demonstration am 1. Mai den Umsturz alles Bestehenden erblicken und dieser Tag ihnen darum ganz besonders verhasst ist. Ist doch dieser Tag ein Tag des werktätigen Volkes, eingesetzt von ihm selbst und verlegt in eine Zeit, wo die ganze Natur wieder erwacht und alles sich erfreut an Licht und Sonnenschein.

Freier atmet in dieser Zeit auch die Brust des Arbeiters! Auch die Bergarbeiter, die tief im Schoße der Erde, von Licht und Sonne abgeschlossen, ihre gefährliche, mühselige Arbeit verrichten müssen, mahnt dieser Tag, daß sie Menschen sind und ein Recht haben auf ein menschenwürdiges Dasein.

Aber die gegenwärtige schwere wirtschaftliche Krise, eine der traurigsten Begleiterscheinungen unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, zeigt uns, wie weit wir hervon noch entfernt sind. Sie zeigt uns erneut, daß der Arbeiter nur als Ausbeutungsobjekt gilt und nur als solches bewertet wird.

Glanzende Geschäfte hat das Grubunternehmertum gemacht, gewaltig ist der Goldstrom angeflossen, aber die Bergarbeiter gingen nahezu leer aus. Der geringe Mehrverdienst wurde durch die gestiegerte Lebenshaltung infolge der Wucherzölle, Steigerung der Mieten usw., nahezu aufgewogen. Ungeheure Mehrwerte haben die Bergarbeiter geschaffen für andere, während sie selbst dabei nahezu leer ausgegangen.

Die wirtschaftliche Krise aber zeigt von Tag zu Tag ein ernsteres Gesicht. Feuerschichten und Lohnreduzierungen stehen jetzt auf der Tagesordnung und gar bald werden auch vielleicht massenhafte Entlassungen von Arbeitern folgen. Auf einer ganzen Reihe von Gruben haben schon Arbeitentlassungen stattgefunden. Schroffer und rücksichtsloser wird die Behandlung der Arbeiter; fühlen sich die Herren Unternehmer doch in Zeiten der Krise durchaus als Herren der Situation. Es mangelt ihnen ja jetzt nicht an dem nötigen Menschenmaterial. Viele tausende von Arbeitern wurden in der Zeit der günstigen Konjunktur herangefördert. Man hat also durchaus nicht mehr nötig, irgend welche Rücksichten zu nehmen.

Was fragen aber die Unternehmer danach, wenn viele tausende von Arbeitern arbeits- und brotlos umherirren, wenn Not und Elend in die Familien Einkehr hält. Für sich haben sie bei Zeiten gesorgt, sie brauchen nicht unter den Folgen der Krise zu leiden. Der Arbeiter, der während der günstigen Konjunktur nahezu leer ausging, der ungeheure Mehrwert geschafft für andere, er muß die Folgen der Krise ganz allein tragen.

Und warum dies alles? Fehlt es etwa an irgend etwas, an Kleidung, Nahrung usw.? O nein, der Markt ist überfüllt, es ist von allem zuviel da, es wird nur zu wenig konsumiert. Die da gewaltige Schäfe ausgehauft haben, aus dem Mehrwert der von den Arbeitern geleisteten Arbeit, können die angehäuften Güter nicht verbrauchen und die sie verbrauchen könnten, haben kein Geld sie zu kaufen. Das ist das Ergebnis einer Ordnung, die zu verhindern als "Sünde" gilt.

Mit diesem gewaltigen Unrecht aber nicht genug, finnt das Unternehmertum immer nach neuen Schlägen und Ränken, strebt nach Ausnahmegesetzen, um die Arbeiterschaft noch weiter knebeln und unterdrücken zu können. Welche gewaltigen Kämpfe haben speziell die Bergarbeiter schon gegen das im Kohlensyndikat organisierte Unternehmertum führen müssen. Und doch, wie weit sind wir noch

vom Sieg entfernt? Allerdings sind wir vorwärts gekommen! Aber langsam, Zoll um Zoll, haben wir uns jeden Schritt weiter erkämpfen müssen.

Eine der vornehmsten und wichtigsten Forderungen der Bergarbeiter ist die der Achtstundenschicht, einschließlich Ein- und Ausfahrt. Wie leicht wäre es den Unternehmern möglich, diese Forderung, besonders jetzt zur Zeit der Krise, zu erfüllen, da auch die Erfahrung seit allgemein gezeigt hat, daß mit der Arbeitszeitverkürzung die Leistung nicht zurückgeht? Aber das geschieht nicht, dabei könnte ja die geheiligte Ordnung aus den Fugen gehen. Nieber aber wirft man tausende Arbeiter auf's Straßenbahnsteig und überantwortet sie mit ihren Familien der Not und Verzweiflung.

Eine weitere gleich wichtige Forderung ist die nach besserem Bergarbeiterleben. Die Massengräber häufen sich immer mehr, das Blutmeer schwilkt von Jahr zu Jahr immer gewaltiger an, das Unternehmertum aber fragt nicht danach. Täuferschaf haben wir nachgewiesen, daß die heutige Grubentourne völlig ungünstig ist, daß die Arbeiter zur Bergbehörde kein Vertrauen haben, daß diese allzuleicht von den Unternehmern hinters Licht geführt wird. Über die von den Arbeitern geforderten, aus ihren Reihen in wählerden Arbeiterkontrolleure werden nicht eingeführt. Die Notwendigkeit derselben kann man gar nicht bestreiten, aber man befürchtet, die heilige kapitalistische Ordnung könnte dabei einen Riß bekommen, d. h. die Arbeiterkontrolleure könnten den Unternehmern Unannehmlichkeiten machen. Hirr diese und viele andere ebenso wichtigen Forderungen, erheben die Bergarbeiter am 1. Mai erneut ihre Stimme.

Die Arbeit des Bergarbeiters wird mit der zunehmenden Tiefe der Schächte immer gefährlicher und beschwerlicher. Die Fortschritte der Technik sind auch im Bergbau außerordentlich groß und haben in den beiden letzten Jahrzehnten eine fast völlige Umwälzung hervorgerufen, aber nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil der Bergarbeiter. Die zahlreichen Bohr-, Schräms- und andere Maschinen, welche eingeführt wurden, haben für die Arbeiter keine Erleichterung gebracht, im Gegenteil, ist ihre Arbeit dadurch zunächst noch schwerer geworden. Bei jeder Maschine, welche neu eingeführt, bei jeder technischen Verbesserung, welche getroffen wurde, war nur der Profit, der dadurch erzielt werden konnte, maßgebend. Das sind jedenfalls trostlose Zustände und daran tragen die Bergarbeiter selbst einen großen Teil der Schuld, weil sie es bisher nicht verstanden haben, sich die gebührende Achtung und Anerkennung zu verschaffen.

Die Schusterei und das Fagen und Hezen nach Profit wird von Jahr zu Jahr immer schlimmer. Die Folgen aber zeigen sich in erstaunlichem Maße in den sich gewaltig steigernden Unfall- und Krankenziffern, während das Lebensalter immer mehr zurückgeht. Das Durchschnittsalter beim Eintritt der Invalidität ist gesunken allein in den letzten zehn Jahren von 49,2 auf 41,7 Jahre. Wenn bei anderen Gesellschaftsschichten das Leben erst beginnt, muß der Bergarbeiter schon in die Grube sinken. Sein Werk und seine Kinder aber bleiben unverorgt und unbefürchtet zurück, denn die kümmerliche Rente reicht nicht zum Notwendigsten.

Über alle Forderungen der Bergarbeiter auf Reformen auch im Knappenschaftswesen sind bisher an dem kalten berechnenden Herrenstandpunkt der Unternehmer gescheitert. Welchen schweren Kampf haben wir nicht gerade im letzten Jahre führen müssen um zahlreiche weitere Verschlechterungen im Knappenschaftstatut abzuwehren. Trotzdem die Arbeiter viele ihrer berechtigten Forderungen fallen lieben und den Unternehmern entgegengestellt, kam das Zwangsstatut, ein Werk rücksichtloser Herrenanmafung.

Eines der stärksten Wollwerke der Reaktion und des Unternehmertums ist das preußische Dreiklassenparlament. In diesem Parlament werden aber die wichtigsten Bergarbeiterfragen erledigt, es bildet darum in seiner Zusammensetzung eine siebe Gefahr für die Bergarbeiter. Das Gesetz von 1854, wodurch den Bergarbeitern das Mithverwaltungrecht in den Knappenschaftskassen genommen und das Gesetz von 1866, wodurch sie wirtschaftlich vogelfrei dem Unternehmer überantwortet wurden und alle anderen Verschlechterungen im Berggesetz sind Werke dieser Spottgeburt einer Volksvertretung.

Auch 1905 hat dieses Juncker- und Geldsackparlament die Bergarbeiter um den Erfolg des großen Streiks gebracht und 1906 ihnen die Knappshaftnovelle beschert, welche ihnen ebenfalls Steine statt Brot gab.

Diese Hausschläge ins Gesicht haben die Bergarbeiter nicht vergessen und bei der bevorstehenden Landtagswahl am 3. Juni muss es ihre Aufgabe sein, Mann für Mann an die Wahlurne heranzutreten und den Unternehmern die Quittung für ihr arbeiterverrätherisches Verhalten auszustellen. Kein Bergarbeiter, der einen wirklichen Bergarbeiterdienst will, der es ernst meint mit sich selbst, seiner Familie und seinen Pflichten der Gesamtheit gegenüber, darf in diesem Kampfe zurückbleiben. Ein Feigling ist,

Viele und schwere Aufgaben sind noch zu erfüllen und schwer lastet des Mannes Macht besonders auf uns Bergarbeitern. Aber das darf uns nicht abhalten mehr noch als bisher unsere Pflicht zu tun im Kampfe um Achtung und Anerkennung unserer berechtigten Forderungen. Die organisierte Arbeiterschaft aller Länder feiert am 1. Mai der Arbeit großen Festtag. Wo immer die Arbeiterschaft gegen politische Neidenschaft und kapitalistische Ausbeutung kämpft, erhebt sie an diesem Tage ihre Stimme zu dem Ruf nach gleicher Rechte. Und hierbei dürfen wir Bergarbeiter nicht zurückbleiben, sondern müssen nach Kräften mit dazu betragen, die Maifeier zu einer würdigen zu gestalten. Mögen die Scharfmacher zu Gewaltmitteln greifen und mit der Hungerherrsche drohen, das darf uns nicht entmutigen, wird unser endgültigen Sieg nicht verhindern. Mit dieser sicheren Zuversicht feiern auch wir Bergarbeiter den 1. Mai.

Und wenn dir oft auch bangt und graut,  
Als sei die Hölle auf Erden,  
Nur unvergast die selbst vertraut!  
Es muß doch Frühling werden.

## Aus dem Wurmrevier.

Eine Agitationstour durch das Wurmohlengebiet zu machen gehört nicht zu den lohnenden. Nicht weil es an Bergleuten fehlt, nein, weil es mit einem Revier zu tun haben, in dem Hass, Fanatismus und Intoleranz gegen alles, was nach freien Gewerkschaften reicht, noch stark zu Hause ist. Lachen genießt ja in solchen Dingen einen historischen Ruf, seine Geschichte ist eine Geschichte fortgesetzter religiöser und politischer Feiern, wie kaum anderswo. Und die Intoleranz, wie der Fanatismus, kommt diese Kämpfe fortgesetzt begleitet waren, hat sich auch auf Lachen Band mit ausgebreitet. Wer darum die Lachener Bevölkerung verstehen will, kann sie nur verstehen auf Grund der Geschichte, muß wissen, wie Andersgläubige als die Katholiken und Andersdenkende fortgesetzt behandelt wurden. Was uns Matthias Claven in der Zeitschrift des Lachener Geschichtsvereins, 28. Bd. 1906, und andere über die konfessionellen und politischen Wirren in Lachen erzählen haben, sieht sich wie Schauerromane. Auf den Zusammenhang mit der Geschichte bei Beurteilung der Lachener Arbeiterbewegung weist sogar Dr. D. Müller in seinem Werk "Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland" hin. Und das will bei einem Lehret der bekannten M.-Gladdabach-Schule schon viel heißen.

Was die Folgen fortgesetzter Unzulänglichkeit, der religiösen und politischen Verneindung, des Fanatismus und schließlich einer ausgedehnten Cliquenpolitik sind, darauf braucht nicht mit längeren Ausführungen eingegangen zu werden. Nun redet noch Ende der siebenzigsten Jahre von der Lachener Arbeiterschaft als von einem schwächeren und feigen Volk, dem jedes Gemeingefühl abgeht. Ob das Urteil zu hart war und ob es heute noch zutreffen würde, das festzustellen kann nicht unsere Aufgabe sein, aber eins kann gesagt werden: Wenn diese Beurteilung weniger oder mehr noch heute zutreffen sollte, dann haben wir als Ursache immer festzuhalten, daß die niedere Bevölkerung ihre geistliche Erziehung genug und nicht anders sein kann, als wie sie ist. Das saarabische System ließ uns in einen politischen und sozialen Kampf Fuß mehr wie einmal hineingehen; auf einem Boden, wo Bevölkerung und Intoleranz so zu Hause sind, wie in Lachen, können freundliche Gewässer nicht gedeihen.

Freilich hat die Arbeiterbewegung auch die christliche, schon viel dazu beigetragen, daß auch im Lachener Bezirk Selbstbewußtsein und Solidaritätsgefüll einen Teil der Arbeiterchaft erzeugt, aber dem Willen der Gesamtbevölkerung haftet trotzdem noch immer die rohe Kultur an, die sich aus den oben geschilderten Verhältnissen ergibt.

Die Scheidung der Arbeiterschaft — nur von dieser wollen wir sprechen — nach religiösen und politischen Differenzen, ist im Nächener Bezirk sehr scharf ausgeprägt, die Selbstzersetzung der Arbeiter setzt noch wahre Orgien; das geschieht auch in den gewerkschaftlichen Kämpfen. Die Nächener Arbeiterschaft ist in zwei Heere gespalten, die sich nicht einander nicht verstehen. Es fehlt sozusagen jedes Zusammensetzen, das zeigt sich mit brutaler Deutlichkeit noch jetzt in den Kämpfen der Nächener Bergarbeiter um das Brobstahlsgesetz, das zeigt sich auch in der Bergarbeiterbewegung.

Es gibt kein Bergrevier in Deutschland, wo z. B. Bergarbeiterverband und Gewerkschaft sich so gegenüberstehen, als im Nächener (Wurm) Bergrevier — zum Schaden der Bergarbeiterbewegung. Unser Versuch, eine Unterstützung herbeizuführen, hat es verhindert nicht geschafft, aber wir haben erlebt müssen, daß jeder Versuch hierzu fruchtlos blieb. Daran änderte auch nichts, daß in vereinzelter Fällen eine gemeinschaftliche Aktion — beinahe malschig war.

Diesen schroffen Gegensätzen sind auch die Kampfmittel angepaßt. Vornehmlich geht das Streben, die Machtverbündete in der Bergarbeiterbewegung möglichst von den Verbänden abzuscheiden, streng, wird darauf gesehen, daß die öffentlichen Versammlungen des Bergarbeiterverbandes gemieden werden. In dem Bergrevier, hat man den politischen und religiösen Zustand zu sehen. Ja wir erlebten, daß Bergarbeiter evangelischer Konfession von den Gewerkschaftlern zurückgewiesen wurden von der Mitgliedschaft, weil der „Gewerkschaft nur die katholische Sache“ vertritt.

Wir sagen nicht, daß dieses Verfahren allgemein gelte, es ist aber schon das Vorkommen solcher Fälle sehr bezeichnend und darauf deutlich zu erkennen, daß jeder Andersdenkende von der ultramontanen Bevölkerung nicht als voll angesehen wird. Die Vorträge, die geistliche Präßes in den konfessionellen Versammlungen halten, lehnen aufmerksam nicht den Frieden und die Toleranz gegen Andersdenkende, wie man das erwarten sollte. Schlimmer noch geht es gegen die Sozialdemokratie oder die freien Gewerkschaften. Wir erlebten, daß Bergarbeitervorträge hielten; in diesen Vorträgen wurde der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes als Vater der anständigen, tugendhaften Bürgern vorgeführt. Diese wieder kreischen vor Zorn. Theaterstücke werden von den massenhaft gebildeten Theatervereinen aufgeführt, in denen der Gegensatz zwischen den „christlichen“ und „unchristlichen“ Arbeitern ausgleicht, gruß-autotug zu treten hat. So wird der Fanatismus aus laufenden Quellen gemacht. Und die ultramontane Presse schwärmt. Wer nicht mit einstimmig in die wildesten Beschimpfungen, der pflicht keine Nase, ganz gleich, ob es sich um ein Zeitungsorgan handelt, um einen christlichen oder um sonst einen Menschen. Typisch ist die Behandlung des Beurteilungsorgans „Volksfreund“ in Nachen.

Dieses Organ hat sich seit Jahren in der Beschämung Andersdenkender besonders stark hervorgetragen, der Schriftleiter Kühnemund verdiente sich hierbei, bald einen ganz besonderen Ruf. Kühnemund ging — ob freiwillig oder unfreiwillig, kommt nicht in Frage — aber die Folge war, daß der „Volksfreund“ in der Behandlung seiner Gegner ein anständigeres Fleisch erhielt. Nun schreit man darüber, daß die „heilige Sache“ durch ein solches Verhalten Schaden erleiden müsse, offen wird der Kampf gegen das Organ aufgenommen, ihm die Abonnenten abgetrieben usw. Beim ersten werden zu diesem Zweck vornehmlich die christlich organisierten Arbeiter.

Doch es unter solchen Umständen von großem Entgegenstand zu sein, wenn die freien Gewerkschaften nicht mit gleichen Waffen dienen, das muß anerkannt werden. Und wenn die Grenzen überschritten werden in der Abneigung gegen eine solche Gesellschaft, der jedes Mittel recht ist, dann kann man das sehr gut verstehen. Ja, wenn der Begriff „christlich“ der Begriff einer wirtschaftlichen artigen Frömmigkeit wäre in der Nächener Bevölkerung, dann liege sich darüber schon reden. Wir haben nie davon gehört, daß die Christlichen im allgemeinen daselbst irgend jemanden als leuchtendes Beispiel dienen könnten. Weile nicht Fanatismus ist noch lange keine Frömmigkeit, und das Vater allein macht den Christen nicht aus. Wir kennen recht „christliche Reviere“, wo das stiftliche und moralische Verhältnis der Bevölkerung weit höher steht, als im frommen Nächener Lande. Das kann an dieser Stelle ruhig konstatiert werden, ohne uns der Überbelüftung hinzugeben. Unsere Leute da drüber im Nächener Lande haben eben nichts zu lachen!

Es wäre jedoch vertagt, mit scharferen Mitteln gegen die Beurteilungsstellen vorzugehen, ebenso wenig in Nachen (Stadt) wie bei den Bergleuten in Nachen (Land). Wenn auch nicht immer in so verrohter Form, so haben wir schließlich in anderen schwäbischen Winkeln Deutschlands die gleiche Kampfweise gegen uns erlebt. Und doch ist es anders geworden. So wird es auch im Wurmrevier kommen.

Im Wurmrevier haben wir es mit einem aufsteigenden Industriegebiet zu tun. Die neuen Schachtanlagen, die in den letzten Jahren entstanden sind, und das sich anschließende, in der Entwicklung begriffene Holländische Kohlenrevier bedingen den Zugang freier Arbeiter. Unter diesen werden sich auch schon freigewerkschaftliche Arbeiter befinden, und wenn nicht, so werden sie sich wohl kaum den Eigenarten des größten Teils der heutigen Wurmbergarbeiterchaft anpassen. Schon heute finden wir, daß neben den wenigen Ausländern ein Teil der Hinzugezogenen die Kerngruppe des Verbands bilden. Die allmähliche Verminderung der Bevölkerung wird der freigewerkschaftlichen Bewegung nur dienlich sein. Unsere Verbündeten mögen aussehen, wie verloren durchaus nicht ihre schwierige Position den zahllosen struppellosen Gegnern gegenüber. Aber es wird auch im Wurmrevier Tag werden, eher, als es den schwarzen Demagogen und Arbeiterzersetzerin lieb sein mag.

## Der Ausstand auf dem Gießenauer Braunkohlenbergwerk.

Auf dem in unmittelbarer Nähe der Stadt Gießen gelegenen Gießenauer Braunkohlenbergwerk kam es am 10. April unerwartet zum Streik. Die ganze unterirdische Belegschaft (200 Mann) legte wie auf Kommando die Arbeit nieder.

Die Ursachen dieses Ausstandes sind kurz folgende:

Am 1. April d. J. wurden durchweg erhebliche Lohnabzüge gemacht — 10 bis 20 Pf. pro Wagen sowie 2 bis 3 Mt. pro Meter.

Durch diese Gedingereduzierung ist der Arbeiter der Wöhne pro Monat um 30 bis 35 Mt. gefützt.

Des Weiteren kam noch das rigorose Vorgehen seitens der Verwaltung bei Förderung von unreinen sowie minder beladenen Wagen in Betracht. Wer Wagen mit geringer Füllung oder gar unreine Wagen lieferte, dem wurden dieselben genutzt und wurden dann die betreffenden Kameradschaften noch obenste in Strafe genommen in Höhe von 50 Pf. bis zu 1 Mark. Wenn dann die Kameraden, bei Beendigung der Schicht die unten geförderten Produkte im Augenchein nehmen wollten, waren diese mit den rein geförderten Produkten auf den Haufen gestürzt und wurden gerade so gut verteilt wie die rein geförderten Erze.

Eine Kameradschaft wurde von 22 geförderten Wagen 8 gefürt, einer weiteren Kameradschaft von 18 Wagen 3 genutzt, einer weiteren von 12 Wagen 4 gestrichen usw.

Wenn man nun in Betracht zieht, daß pro Wagen 90 Pf. bis 1,10 Mt. im Gefüge sogar 1,50 bis 1,70 Mt. gezahlt wurde, so bedeutet das schon eine erhebliche Lohnausfall bei einer Kameradschaft von zwei bis drei Mann.

Des Weiteren ist wohl das schreckliche Auftreten des Obersteigers Freitag, der seit dem 1. Februar d. J. dort in Stellung ist, mit die Verabschaffung zu dem plötzlichen Ausstand gewesen. Bei dem Gedingeabschluß soll es Freitag nicht für notwendig befunden haben, mit den Leuten zu verhandeln, sondern es wurde einfach dictiert, so und so viel gibt es und damit basis; just wie der Zettelmebel auf dem Kasernenhofe die Rekruten kommandiert. Ob die Kameradschaft auf das oftproizierte Gedinge Lohn machen konnte oder nicht, soll man schimpfen seien.

Außerdem hatten sich auf dem Werk eine Anzahl weiterer Mißstände eingestellt. So hatten die Akkordarbeiter keine Übersicht über Preis und Qualität des verbrauchten Sprengmaterials, sowie über das Geleucht, das gerade in letzter Zeit außerordentlich schlecht war. Die Oellampen zierten ungeheuer und gaben sehr schlechtes Licht um.

Bei der Ansicht am 10. April erklärten nun die Steiger Straße und Pohl beim Verlesen: „Wer heute kein reines Erz liefern, wird aus dem unterirdischen Betrieb sofort entlassen!“ Bei dem schon in der Luft liegenden Explosionsstoff mußte diese Erklärung dem Fuß den Boden ausschlagen.

Die gesamte Belegschaft erklärte nach Bekanntgabe der Erklärung der oben genannten Steiger: „Dann führen wir nicht mehr an.“

Hierauf ordnete Obersteiger Freitag sofort eine abermalsige Versammlung und bemerkte am Schluß: „Wer bis 8 Uhr nicht eingekommen ist, wird sofort entlassen!“ worauf die gesamte unterirdische Belegschaft den Raum verließ. Dieses machte sich infolge einer neuen Arbeitskommission, um mit der Direktion sowie mit dem Stubenvorstand in Verhandlung zu treten.

Die Verhandlungen sind dann am folgenden Tage (am 11. April) mit der Verwaltung geschlossen worden. Wir lassen nachstehend die Verhandlungen der Belegschaft sowie das Protokoll über die stattgefundenen Verhandlungen folgen:

Die Arbeiter des unterirdischen Betriebes richten an die verehrte Direktion die Bitte um Regelung folgender Punkte:

1. Gänzliche Bedingung, wo abgezogen werden ist, wie früher zu stellen.
2. Befreiung des Wagenfreibetriebs und Wegfall der Strafen.
3. Die Höhe des Schichtlohnes des unterirdischen Betriebes auf 48 Pf. zu setzen.
4. Das vom Obersteiger und Bedingenehmer vereinbarte Gedinge, sowie Anzahl der Wagen, Meier, an Mischer, Ton und Umbau, Anzahl der Stunden, die Menge des Oels und Dynamits, sowie Preise derselben ist bei Gedingenehmer in den ersten Tagen eines jeden Monats auf einer Liste übersichtlich aufgeführt zu überreichen.
5. Die Verteilung für den Holzfachmann sind zu streichen.
6. Abschaffung des schlechten Oels und der viel zu hohen Abfälle für dasselbe.
7. Regelung der Unfahrtzeit der von Auswärts kommenden Arbeiter und Herausarbeitung der verlorenen Stunden.
8. Wird ein Mann vom Gedinge bei Schichtarbeit verwandt, so sind dessen Stunden allein zu schreiben, nicht mit dem Gedinge zu verschmelzen.
9. Eine etwas menschenwürdige Behandlung.
10. Maßregelung wegen Befreiung an der Herstellung des schlechten Verhältnisses sind nicht statt. Auch bleiben sämtliche Rechte an der Knapphaftekasse bestehen“.

Protokoll über die Verhandlungen am 11. April 1908.

1. Was die Hauptbeschwerde der Belegschaft betrifft, daß zu viele Wagen gefüllt in d. dazu noch Strafen verhängt werden, so erklärt die Verwaltung unter Zustimmung der Arbeitervertreter, daß das Streichen im Interesse zureichender und guter Förderung nicht zu vermeiden ist. Es soll aber absolut gerecht hierbei verfahren und die Belegschaft durch Bestellung von einem ständigen Vertrauensmann über dessen Person Verhandlung vorbehalten und dessen Vergütung durch beide Teile zur Hälfte getragen wird, die Möglichkeit gewährt werden, in jedem Falle zu kontrollieren, ob die Streichung mit Recht verhängt worden ist.

Strafen werden mit Rücksicht darauf, daß es leichtsunige Arbeiter gibt und vielleicht sogar böswillige, die durch ihr Handeln auch ihre Kameraden schädigen, für unentbehrlich erachtet, weil, was für die Arbeiter weit empfindlicher wäre, anderfalls Entlassung verfügt werden müßte; indessen sollen solche Strafen nur dann verhängt werden, wenn auf andere Weise Höflichkeit nicht geschaffen werden kann. Die anwesenden Arbeitervertreter erklären übrigens, daß sie zu den Obersteigern hinsichtlich ihrer Gerechtigkeit volles Vertrauen haben, wenn auch von ihren Kameraden sie und da ihnen mitgeteilt worden ist, daß Herr Obersteiger Freitag etwas streng die Leistungen beurteile. Gleichwohl besteht bei den anwesenden Arbeitervertretern die Überzeugung und sie haben gegenseitig von ihren Kameraden nicht gehört, daß auch Herr Freitag ein gerechter Mann ist, der ohne Anfechtung der Person handelt und seine Wicht gegenüber dem Werk und den Arbeitern gut tun aufs beste bemüht ist.

2. Was die Gedinge betrifft, so steht die Verwaltung auf dem Standpunkt, daß eine Aufsetzung der seit 1. April bestehenden Gedingeläge z. St. nicht möglich ist. Es ist den anwesenden Arbeitervertretern bekannt gegeben worden, mit wie geringen Verdiensten die Gewerkschaft auskommen muß, daß in der Gewerkschaft arbeitende Kapital nicht ausschließlich reichen Leuten gehört, sondern zum großen Teil auch solchen, die den Ausfall bezw. die Mindeistung der Ausbeuteschwör empfinden.

Würde kein Verdienst mehr erzielt, so wäre die Egistenz des Werkes gefährdet, das, wie auch der Belegschaft bekannt ist, große Kosten für Tilgung und Vergütung zu bestreiten hat. Der Verdienst, der überhaupt erzielt werden kann, hängt ab von der größten Sparsumme, die man sonst nur beim Schachtabteufen gebraucht. Diese Summe soll zur Zeit, als sich das Unglück ereignete, gebrannt haben. Es wird sogar davon gesprochen, daß Steiger Schmidt gegen 5 Uhr, also einige Minuten vor dem Unglück, die Lampe selber erst angezündet haben soll. Wäre die Explosion eins viertel Stunde später passiert, so wären alle 14 Mann in Feigen angedeckten geblieben und wäre dann wahrscheinlich alles in Ordnung gewesen, da niemand mehr etwas sagen könnte. Es stand nämlich über Tage eine ganze Kiste Dynamit fertig, welche man mit dem nächsten Kübel nach dem Unglücksfall heruntergeschafft wollte. Nach dieser Darstellung sind die notwendigsten Sicherheitsmaßnahmen in leichterer Weise außer Acht gelassen worden und ist es daher notwendig, daß im Interesse der gesamten Arbeiter volle Ausführung geschaffen wird.

Die Arbeitervertreter sind sich bewußt, daß sie, um sich und ihren Kameraden die Arbeitsgelegenheit zu erhalten, in ihren Fällen die Güte haben müssen, daß auch ihr Verdienst sich verkleinert und daß die Gewerkschaft nur dann von Entlassungen in großem Umfang absiehen kann, wenn die Löhne entsprechend gehalten werden. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß bereits in den Staatsbetrieben und den Bildersischen Eisenwerken Feuerschichten eingelegt worden sind.

Die anwesenden Arbeitervertreter wollen ihren Kameraden vorstellen, was heute zwischen ihnen und der Verwaltung besprochen worden ist und wollen ihnen empfehlen mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage den Widerspruch gegen die seit 1. April bestehenden Löhne z. St. nicht aufrechtzuerhalten.

3. Die Festsetzung des Schichtlohnes bleibt der Vereinbarung zwischen den im Schichtlohn stehenden Arbeitern und der Verwaltung für jeden einzelnen Fall überlassen.

4. Jeder Gedingenehmer erhält am Schlusse des Monats mitgeteilt, zwecks Eintrag in sein Buch, das Aufnahmen der geleisteten Arbeiten, das verbrauchte Quantum an Dynamit, ebenso wird ihm angegeben, wieviel Öl auf die Belegschaft kommt, nicht minder die Preise für Öl und Dynamit.

Auf Verlangen kann jeder Gedingenehmer die Liste einsehen, aus der sich das Quantum der geförderten Erze, die geleistete Meterzahl und die Anzahl der Stunden usw. ergibt.

5. Die Beiträge für den Holzfachmann sollen bis auf weiteres nicht abgezogen werden, die Verwaltung muß jedoch, wenn später die Löhne wieder erhöht werden, diese Beiträge wieder abziehen, weil die Herabsetzung des Gehaltes der Belegschaft Zeit und Arbeit erspart und anderseits der Gewerkschaft Kosten hierdurch entstehen.

6. Es wird bei dieser Gelegenheit ausdrücklich den Arbeitern freigestellt durch Vertrauensmänner die Lohnlisten einzusehen und sich zu überzeugen, ob die ihnen ausgemachte Rechnung stimmt.

Die Verwaltung wird auch bemüht bleiben die Beischwerden über schlechtes Öl zu prüfen und für Lieferung tabaklos Materialz Sorge zu tragen.

7. Auswärtigen Arbeitern, welche Montags später als zu Beginn der Arbeitszeit anfahren, wird gestattet die hierdurch verlorene Zeit, jedoch nicht länger als drei Stunden, in der Weise einzubringen, daß ihnen gestattet wird während der Frühstückspause zu arbeiten.

8. Zu Punkt 8 der Beschwerden der Belegschaft wird seitens der Verwaltung als Regel bezeichnet, daß der Schichtlohn eines aus dem Gedinge herausgenommenen Mannes nach Abzug seines vorherigen Lohnes (monatlich) im Gedingelohn berechnet wird, der so ermittelte und gezahlte Schichtlohn wird sodann auf das ganze Gedinge aufgeschlagen. Aus den Schichtlohnlisten wird erkennbar sein, wieviel der Lohn geworden ist.

9. Zu Punkt 9 ist man allgemein darüber einig, daß die Arbeiter wie es der heutigen Ausschau entspricht, von der auch die Verwaltung der Gewerkschaft in allen ihren Teilen durchdrungen ist, als freie Menschen und verständige Mitarbeiter behandelt und gewürdigt werden.

10. Kein Arbeiter oder Vertreter derselben wird wegen seiner Beteiligung an den gegenwärtigen Verhandlungen, oder der Arbeitsniederlegung, die gestern erfolgt ist, irgend einen Nachteil erleiden, dies unter der Voraussetzung, daß Montag, den 12. laufenden Monats die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Die Belegschaft wird in Zukunft, wenn sie glaubt zu Beischwerden Anlaß zu haben, sich vertrauensvoll durch Beauftragte an die Verwaltung wenden und diese wird jederzeit bereit sein mit der Belegschaft zu verhandeln.

Am Sonntag den 12. April fand dann nachmittags 4 Uhr eine Versammlung in Rodheim an der Weißer statt, die gut besucht war. Kamerad Waldemar Böhm hatte das Referat übernommen und erläuterte den Anwesenden auf Grund der Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn es auch bei den reduzierten Löhnen bleiben müßte, so habe die Verwaltung doch ein allgemeines Entgegenkommen gezeigt. Es sei die Aufsicht der Arbeit um so dringender zu empfehlen, weil die Gewerkschaft unorganisiert sei und so bei weiterer Führung des Betriebes zu verhandeln.

Die gesamte Belegschaft erklärte nach Bekanntgabe der Erklärung der oben genannten Steiger: „Dann führen wir nicht mehr an.“

Hierauf ordnete Obersteiger Freitag sofort eine abermalsige Versammlung und bemerkte am Schluß: „Wer bis 8 Uhr nicht eingekommen ist, wird sofort entlassen!“ worauf die gesamte unterirdische Belegschaft den Raum verließ. Dieses machte sich infolge einer neuen Arbeitskommission, um mit der Direktion sowie mit dem Stubenvorstand in Verhandlung zu treten.

Am Montag den 13. April ist die Arbeit bis auf einige auswärtige Arbeiter wieder aufgenommen worden. Mögen die dortigen Kameraden nicht eher ruhen noch rasten, bis sich der leitende Mann der Organisation eingeschlossen hat. Hat doch selbst der Direktor Sch. in der Kommission erklärkt, daß er für seine Person lieber mit organisierten Kameraden wäre mit unorganisierten zu tun habe, da mit letzteren besser auskommen sei. Die Kameraden mögen sich den Ausspruch des Direktors merken und danach handeln, denn einzeln sind wir nichts, vereint dagegen eine Macht.

## Zur Reform der Berginspektion.

Das Gründungsdatum der Zeche Maximilian bei Hamm.

Am 9. April 1908 nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr erfolgte auf der neuangefertigten 600 Metersohle eine Explosion, wobei 14 brave Männer, teils leicht, teils schwer verwundet wurden. Dies ist die einzige Nachricht, welche der Öffentlichkeit bis jetzt durch Tageszeitungen bekannt geworden ist. Auch wir waren bisher nicht in der Lage, einen eingehenden Bericht über das Unglück bringen zu können, weil auf dem Kommando des Bergmeisters nichts über das Unglück hätten mitteilen können. Bereits aber auch, daß man diesmal die Schuld nicht auf einen Arbeiter abladen kann, wonnit das Organ der Herren Grubenbesitzer sonst immer schnell bei der Hand ist. Wer hat nun dieses Unglück verursacht? Eigentlich ist es, daß alle die, welche bei der Explosion verletzt und aus dem Krankenhaus entlassen wurden, selbst gegen ihre besten Freunde nichts wissen. Warum wohl nicht? Haben diese Leute das Unglück selbst herbeigeführt, oder sind sie während der Zeit, als sie im Krankenhaus lagen, beobachtet? Wie ist nun das Unglück entstanden, und wie waren die Verhältnisse an der Arbeitsstelle, wo das Unglück stattgehabt hat? Weil mehr als 200 Meter des Schachtes eröffnet sind, hatte man auf 600 Meter eine Sohle angelegt. Man hatte das Glück schon im Felsen ein starles Lötz anzulegen, wodurch sich auch ganz selbstverständlich Kohlenstaub bildet und auch Gas ausströmen.

Hat nur die Belebungsverwaltung, nachdem tagelang das Feuer angefahren war, Voreitungen zur Verhütung eines Unglücks getroffen, wie sie den bergpolizeilichen Sicherheitsvorschriften entsprechen? War eine Wettermeldung im Schacht wie auf dem Felsen vorhanden? Und wird mittlerweile, daß man eine Wettermeldung überhaupt nicht bekommt? Obwohl man schon zirka 6 Jahre mit dem Abteufen beschäftigt sei. In zweiten Schacht, mit dem man durchschlägt, steht sie ebenfalls. Ich für mich verstehe, daß man nicht gesorgt, damit der Kohlenstaub angefacht werden könnte. Einem Arbeiter, der sich einen Eimer mit herunternehmen wollte, um Wasser zu schöpfen und den Kohlenstaub anzusehen, wurde vom Fahrerhaus nicht gelassen, den Eimer nehme er ja nur mit, um einen breuken Abortschlüssel zu haben. Die Arbeiter hatten die Gefahr erkannt und wollten mit den primitivsten Mitteln ein Unglück verhindern. Der Fahrerhauer zog aber die Sache



## Internationale Mundschau.

### Internationale Bergarbeiterkonferenz.

Das vom letzten internationalen Bergarbeiterkongress gewählte ständige internationale Komitee trat am Charsfieldtag in Brüssel unter dem Vorsitz des Kameraden Eb warbs - England zusammen, um die Vorarbeiten für den diesjährigen internationalen Kongress zu erledigen. Es entspann sich dabei eine lebhafte Auseinandersetzung über die Geschäftslage in den einzelnen Ländern. Aus England, Frankreich, Belgien wie aus Deutschland berichteten die Komiteemitglieder über Verschlechterung der industriellen Tätigkeit. Von besonderer Wichtigkeit sind die Klagen der belgischen Bergleute über den Schaden, den ihnen durch die Verschlechterung deutscher Kohlen zu den billigsten Preisen in Belgien zugesetzt wird. Die deutsche (Ruhr-)Kohle wird in Belgien in großen Mengen so billig verkauft, daß die belgischen Bechen damit nicht konkurrieren können. Infolgedessen sind die Betriebsbeschränkungen erfolgt. Die deutschen Delegierten erklärt, diese Mitteilung sei um so wichtiger, weil in Deutschland selbst die Kohle nicht billiger, sondern ab 1. April noch teurer geworden wäre. Demnach müßten die deutschen Industriekonsumtbraucher die höheren Kohlenpreise zahlt, um es den syndikierten Sechsen zu ermöglichen, den Ausländer viel billigere Preise zu bewilligen, wodurch die Kohlenverbrauchenden Industrien Deutschlands ebenso geschädigt würden wie die ausländischen Bergleute. — Es wurde beschlossen, die Praxis der Kohlenexporteure auf dem Kongress eingehend zu besprechen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wohin das heilige Grubenausbeutungssystem führt.

Mit Rücksicht auf die Vergesetzvorlage im englischen Parlament und ähnliche gesetzgeberische Vorgänge in Frankreich und Belgien soll die Achtstundengesetzfrage, ebenso die Reform der Berginspektion und die Versicherung der Bergleute gegen die Folgen von Unfall und Berufsunfähigkeit auf dem Kongress besprochen werden.

Eine Resolution zugunsten des Völkerfriedens werden die Engländer eindringen. Für einen "Bergarbeiterkongress" wollen die Belgier-Franzosen eintreten. Die deutschen Komiteemitglieder brachten u. a. den Vorschlag wieder ein, den Kongress nur alle zwei Jahre regelmäßig tagen zu lassen.

Damit sich die Streitigkeiten vom Salzburger Kongress über die berechtigten Vertretungen nicht wiederholen, hat das internationale Komitee, entsprechend dem ihm in Salzburg geworbenen Auftrag beschlossen, nur gewerkschaftliche Bergarbeiterorganisationen anzulassen und als Delegierte nur Bergarbeiter oder Bergarbeiterangestellte anzuerkennen. Sondervertretungen werden nicht mehr anerkannt. Von jedem Lande wird nur eine Vertretung zugelassen. Wo in einem Lande (in Betracht kommen Frankreich, Österreich und Deutschland) mehrere selbständige Bergarbeiterorganisationen existieren, da haben sich diese vor Zusammensetzung des Kongresses über eine eventl. gemeinsame Delegation zu verstündigen. Den englischen Kameraden (siehe nachstehenden Artikel) ist es nach jahrelangen Bemühungen gelungen, eine einheitliche Organisation für das ganze Reich zu bringen! Sie legten Gewicht auf die Erklärung, daß der Kongress nicht zum Austragen von Organisationsstreitigkeiten gemacht werden dürfe, sie würden deshalb gegen jede Sonderdelegation stimmen und nur je eine Vertretung für jedes Land zulassen. Daselbe erklären die Belgier, die ebenfalls nur mit einer Nationalföderation der Bergleute zu rechnen haben.

Der internationale Kongress wird in der Pfingstwoche in Paris stattfinden.

### Einigung und Erfolge der Bergarbeiter Großbritanniens.

Kamerad Thomas Upton, Generalsekretär des Internationalen Bergarbeiterkomitees, berichtet über Kohlenmarkt und Löhne in der britischen Bergwerksindustrie:

Der Kohlenmarkt in Großbritannien ist noch immer ziemlich gut. Eine große Anzahl Gruben arbeiten volle Zeit, und die Kohle wird zu sehr hohen Preisen verkauft. Die vom Einigungsausschuß für England und Wales regulierten Löhne haben jetzt ihr Maximum erreicht. Die vom englischen und nordwalisischen Einigungsausschuß vereinbarten Löhne werden wahrscheinlich auf dem Maximum einige Zeit stehen bleiben. Die von dem letztgenannten Ausschuß getroffene Vereinbarung sieht das Maximum 60 Prozent höher als die Löhne des Jahres 1888. Die Löhne aller unterrichtlichen Arbeiter sollten jetzt demnach 60 Prozent höher stehen wie im Oktober des Jahres 1888. Die Löhne der Obergärtner sind nicht in demselben Verhältnisse gestiegen wie die der Untergärtner, doch hat diese Arbeiterkategorie die meisten Lohnaussteigerungen erhalten, abhängt sich die Obergärtner seit wenigen Ausnahmen schon lange dagegen sträuben, sich der Gewerkschaft anzuschließen. Dem Mangel an Organisation unter ihnen ist es zu zuschreiben, daß ihre Lage keine bessere ist. Ihre Lage würde augenscheinlich beträchtlich schlechter sein, hätte die Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens nicht eingegriffen."

Durch die aus Delegierten der Bergarbeiterorganisation und der Werksbesitzer zusammengetragenen Einigungsämter sind von Januar 1907 bis Februar 1908 folgende Lohnverhältnisse festgesetzt worden: für Mittengland und Nord-Wales 20, für Süd-Wales 26 1/4, für Bristol-Somersetshire 20, für Cumberland 20, für Nord-Humberland 28 1/4, für Durham 22 1/2, für Schottland 43 1/4 Prozent. Ohne Streik, nur durch ihre kräftvolle imponierende Organisation haben die englischen Kameraden diese Lohnzulagen erzielt!

Wie imponierend die britische Bergarbeiterorganisation jetzt ist, ergibt sich aus folgender Mitgliederstatistik der Miners Federation:

| Distrikte                                  | Mitglieder der Federation im Januar 1907 | Zunahme an Januar 1908 | Mitgliedern |
|--|--|------------------------|-------------|
| Yorkshire                                  | 60 000                                   | 70 000                 | 10 000      |
| Leicestershire & Cheshire                  | 46 000                                   | 68 000                 | 22 000      |
| Midland Föderation                         | 20 076                                   | 34 000                 | 14 824      |
| Derbyshire                                 | 24 000                                   | 30 000                 | 6 000       |
| Nottinghamshire                            | 20 000                                   | 24 000                 | 4 000       |
| Leicestershire                             | 3 000                                    | 4 100                  | 1 100       |
| Süd-Derby                                  | 2 000                                    | 2 800                  | 800         |
| Nord-Wales                                 | 5 000                                    | 10 000                 | 5 000       |
| Cumberland                                 | 3 500                                    | 4 500                  | 1 000       |
| Somersetshire                              | 3 000                                    | 3 000                  |             |
| Bristol                                    | 2 000                                    | 2 000                  |             |
| Schottland                                 | 50 000                                   | 62 300                 | 12 300      |
| Süd-Wales                                  | 100 000                                  | 117 000                | 17 000      |
|  | 238 576                                  | 432 300                | 93 724      |
| Nord-Humberland angeschlossen Oktober 1908 |  | 26 000                 | 26 000      |
| Durham angeschlossen Februar 1908          | 98 474                                   | 97 474                 |             |
| <b>Summa</b>                               | <b>556 774</b>                           | <b>218 198</b>         |             |

Gänstliche Distriktsverbände sind jetzt der Miners Federation of Great Britain (Bergarbeiterverbund von Großbritannien) angeschlossen, es existiert keine abseits stehende Sonderorganisation mehr! Die gegenseitige Bekämpfung der Bergarbeiterorganisationen hat damit in England aufgehört! Das ist das Ziel, welches wir auch in Deutschland zum Segen der Bergarbeiter erreichen müssen.

Auf dem Kongress der nordfranzösischen Bergleute, abgehalten in Douai, wurden nach der "Voix du Mineur" (Bergarbeiterstimme) durch 68 Delegierte, über 30000 organisierte Kameraden, in den Revieren Douai, Pas de Calais und Nord, vertreten. Kamerad Damas in Präsidium. Beschlüsse wurden betreffend Unterstützungskasse für Bergarbeiter, Ausschlußgesetz, Rohstoffförderung, Bergarbeitervereine, Unfall- und Krankenversicherung und besseren gesetzlichen Schutz der jugendlichen Arbeiter.

## Knappshaftliches.

### Eine Generalversammlung des Bochumer Knappshaft-Vereins

wird am 20. Juni stattfinden, um über die neuen Statutvorschläge zu beschließen. Wir haben diese Vorschläge schon in voriger Nummer zum Abdruck gebracht. Nach Lage der Sache sind die Arbeitervertreter genötigt, mit dem total verhungten Knapphaftgesetz zu rechnen, welches die Entscheidung in knapphaften Angelegenheiten bei den Werksbestörern belassen hat und obendrein noch Verschlechterungen der Arbeiterverteile brachte. Dafür haben die Knapphaften Verlusten gelähmt, um wenigstens so viel wie nur irgend möglich für die Kameraden herauszuschlagen. Seit dem 1. Januar besteht das Zwangsstatut, rückwirkend bringt es die Nachteile des verhungten Knapphaftgesetzes zur Anwendung. Den Arbeitervertretern ist nun am 24. April in der Knapphaftvorstandssitzung von den Werksvertretern die Zusicherung gegeben worden, es werden die neu vorgeschlagenen Pensionsverhältnisse, seines Art bestehen, sofern die in dem bekannten Antrag Steckbrief vorgelesenen Vergünstigungen vorwillig werden. Das wichtigste ist die rückwirkende Kraft der Vorschriften. So würden z. B. dielebigen Vereinsmitglieder, die während der Gestaltung des Zwangsstatuts Einbuße an Krankengeld erlitten haben, dieser Verlust aus der Knapphaftklasse erhebt erhalten, sobald die Generalversammlung die neuen Vorschläge genehmigt. Wer nach den alten Satzungen 8 Mark täglich Krankengeld erhält, nach dem Zwangsstatut aber nur 2,50 Mark erhalten hat, dem soll für die Zeit ab 1. Januar 1908 die Differenz von 50 Pf. pro Krankheitstag nachbezahlt werden. Die Werksbesitzer haben den Arbeitervertretern wissen lassen, wenn die Gültigkeit des Statut sich noch länger verzögert, dann würden sie die rückwirkende Kraft der neuen Satzungen auch nicht mehr bewilligen, was für tausende Arbeitersfamilien eine neue Schwächung bedeuten würde. Unter diesen Umständen haben die Kameraden sich dahin geeinigt, daß nun mehr Gebote angenommen, weil die Kameraden ja doch an dem Grundstein, dem verhungten Knapphaftgesetz, nichts ändern können. Was durch treues Zusammenhalten und kluge Überlegung erreicht werden könnte, das haben die Kameraden für die Arbeit erzielt. Daß trotzdem ein sehr bitterer Rest übrig bleibt, dafür haben sich die Bergarbeiter, die Bergarbeiterwitwen und Waisen vorzüglich bei den nationalliberalen Herrenmenschen des Landtages zu bedanken, die in dem verhungten Knapphaftgesetz den Barbaren Steine statt Brot gegeben haben! Kameraden, bei der am 8. Juni stattfindenden Landtagswahl mußt ihr den Gesetzesverhunzen eine gründliche Niederlage auftunnen.

Die Kameraden sind sich darüber einig, daß der Bergarbeiter, die Bergarbeiterwitwen und Waisen vorzüglich bei den nationalliberalen Herrenmenschen des Landtages zu bedanken, die in dem verhungten Knapphaftgesetz den Barbaren Steine statt Brot gegeben haben! Kameraden, bei der am 8. Juni stattfindenden Landtagswahl mußt ihr den Gesetzesverhunzen eine gründliche Niederlage auftunnen. Was durch treues Zusammenhalten und kluge Überlegung erreicht werden könnte, das haben die Kameraden für die Arbeit erzielt. Daß trotzdem ein sehr bitterer Rest übrig bleibt, dafür haben sich die Bergarbeiter, die Bergarbeiterwitwen und Waisen vorzüglich bei den nationalliberalen Herrenmenschen des Landtages zu bedanken, die in dem verhungten Knapphaftgesetz den Barbaren Steine statt Brot gegeben haben! Kameraden, bei der am 8. Juni stattfindenden Landtagswahl mußt ihr den Gesetzesverhunzen eine gründliche Niederlage auftunnen.

### Muß das Kindergeld weitergezahlt werden?

Eine Streitsache wegen Entziehung des Kindergeldes ist gegen den Allgemeinen Knapphaftverein zu Bochum angestellt des Altersers erledigt. Die Sache betrifft zwar nicht die prinzipielle Frage, ob die Entziehung des Kindergeldes nach der Zwangsfestigung berechtigt ist, sondern es handelt sich in vorliegendem Falle um die Frage, ob der Knapphaftverein berechtigt war, die Kente nach den Bestimmungen der Zwangsfestigung zu berechnen und damit das Kindergeld zu entziehen, wenn die Krankheit, die zur Invalidität führte, unter der Herrschaft des alten Statuts begann, der Eintritt der Invalidität aber unter die Herrschaft der Zwangsfestigung fällt.

Der Bergmann St. Lingnau in Rotthausen feierte seit dem 8. September 1907 krank. Durch Bescheid vom 12. März d. J. teilte der Vorstand des Allg. Knapphaftvereins demselben mit, daß er laut ärztlichem Gutachten an Altenzittern leide, weshalb er invalidisiert würde unter Bedingung, daß er die Arbeit unter Tage bis zur Heilung aufzugeben würde. Die Bergarbeiterrente wurde nach der Zwangsfestigung berechnet unter Fortfall des Kindergeldes. Auf die hiergegen eingesetzte Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung des Allg. Knapphaftvereins Bochum in Dortmund, erhielt Lingnau unter 16. April folgenden Bescheid des Vorstandes des Allg. Knapphaftvereins:

"Wir sind in eine nochmalige Prüfung Ihres Rentenantrages getreten und hat diese ergeben, daß bei Ihnen schon dauernde Arbeitsunfähigkeit seit dem 8. September v. J. vorliegt. Wir erklären uns daher bereit, Ihnen von diesem Tage an Bergarbeiterrente und Kindergeld festzusetzen und ersuchen Sie, Ihre Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zurückzuziehen.

Von der Zurücknahme der Berufung wollen Sie uns sofort Mitteilung machen, damit wir Ihnen die neuen Rentenbeschriften zugehen lassen können. Baldige Erledigung ist im eigenen Interesse erforderlich. (Unterschrift.)"

Wenn, wie gesagt, der Ausgang dieser Sache die prinzipielle Seite der Frage, ob die Entziehung des Kindergeldes überhaupt gerechtfertigt ist, auch nicht betrifft, so ist sie doch für solche Invaliden, deren Invalidisierung sich in gleicher Rechtslage befindet und die Kinder haben, bemerkenswert; sie mögen sich dieselbe daher merken und sich gegebenen Falles darauf berufen.

Nach dem Bericht der Norddeutschen Knapphaft-Pensionskasse (Halle a. d. S.) sind von ihr seit 1891 bis inkl. 31. März 1908 an Renten und Beiträgerstättungen bewilligt worden:

| Name des Knapphaft-Vereins | Inv.- und Krankenrenten | Altersrenten  | Summe        | Beitragsentlastungen |
|----------------------------|-------------------------|---------------|--------------|----------------------|
| Halleischer                | 2 542                   | 325           | 2 867        | 810                  |
| Halberstädter              | 1 966                   | 165           | 2 161        | 697                  |
| Brandenburger              | 1 512                   | 60            | 1 581        | 657                  |
| Mansfelder                 | 3 250                   | 65            | 3 321        | 1 101                |
| Rüdersdorfer               | 214                     | 80            | 294          | 82                   |
| Dürrenberger               | 52                      | 24            | 76           | 19                   |
| Hall. Salinen-             | 10                      | 1             | 17           | 6                    |
| Thüringischer              | 51                      | 3             | 54           | 27                   |
| Haupt-                     | 2 812                   | 97            | 2 909        | 746                  |
| Unterharzer                | 228                     | 61            | 289          | 118                  |
| Helmstedter                | 135                     | 27            | 162          | 57                   |
| Kübeländer                 | 107                     | 41            | 148          | 54                   |
| Unhaltischer               | 762                     | 84            | 846          | 219                  |
| Altendorfer                | 276                     | 96            | 372          | 143                  |
| Königer                    | 4                       | —             | 4            | 1                    |
| Salzunger                  | 21                      | 4             | 25           | 9                    |
| Königshütter               | 18                      | 2             | 20           | 2                    |
| Thieider                   | 44                      | —             | 44           | 54                   |
| Lauthammer                 | 138                     | 11            | 149          | 96                   |
| Tangerhäuser               | 146                     | 9             | 155          | 47                   |
| <b>zusammen</b>            |                         | <b>14 380</b> | <b>1 164</b> | <b>4 945</b>         |

In ersten Vierteljahr des Jahres 1908 gingen 319 Rentenanträge und zwar 298 (261) Invalidenrenten und 21 (10) Altersrenten an. In den Jahren 1907 treten Invalidenrenten wurden 253 (235), darunter 18 Altersrenten, bewilligt und 31 abgelehnt. Altersrenten wurden 17 (10) anerkannt. Seit dem 1. Januar 1901 sind im ganzen 14 330 Invalidenrenten (darunter 611 Altersrenten) und 1163 Altersrenten zur Feststellung gelangt, von denen am 31. März 1908 noch 7878 Invaliden- und Altersrenten und 324 Altersrenten zu zahlen waren. Der Jahresbetrag bewegte sich bei den Invalidenrenten zwischen 108,00 Pf. und 246,- Pf. (1907: 239,40 Pf.), Durchschnitt 180,09 Pf. (176,01 Pf.), bei den Altersrenten zwischen 106,80 Pf. und 214,20 Pf. (214,20 Pf.), Durchschnitt 174,65 Pf. (172,75 Pf.).

Aus dem Knapphaftverein Saarbrücken. Der Vorstand des Saarbrücker Knapphaftvereins lädt auf jeder Berginspektion den Knapphaftklassenmitgliedern durch Anschlag bekannt machen: Sämtlichen aktiven Vereinsmitgliedern steht es frei, anstatt des Knapphaftkassates ihres Sprengels denjenigen eines Nachbarsprengels zu wählen, sofern

dieser nicht weiter als fünf Kilometer von ihrem Wohnort entfernt wohnt. Wählt auf Grund vorstehender Bestimmung ein Vereinsgenosse an Stelle des bisher für seine Behandlung allein zuständigen Knapphaftkassates einen anderen Arzt, so ist er an diese Wahl auf ein Jahr, beginnend am 1. Juli, gebunden. Die Wahl hat im Laufe des Monats Mai durch Übergabe einer mündlichen Erklärung bei der den Vereinsmitgliede vorgenommenen Gegenwart zu erfolgen. Außerhalb des Monats Mai werden derartige Erklärungen nicht angenommen. Jeder weitere Wechsel unter den zuständigen Ärzten, auch die Rückkehr zu dem ursprünglichen Sprengel, ist in derselben Weise und zu derselben Zeit zur Annahme zu bringen. Für die Unterstellung der aus Arbeit angemeldenden Leute sind dielebigen Knapphaftärzte zuständig, unter welchen die am Heimatorte des zu Unterstellenden wohnenden Vereinsmitglieder die Auswahl haben. Die ärztlichen Bezeugnisse über Arbeits- oder Gewerbsunfähigkeit eines Vereinsmitgliedes sind von denjenigen Knapphaftärzten auszustellen, welcher für die ärztliche Behandlung des betr. Mitgliedes zur Zeit der Ausstellung jener Bezeugnisse zuständig ist."

## Mitstände auf den Gruben.

### Ruhrevier.

#### Zur Berichtigungspraxis der Grubenverwaltungen.

Mit einer Ausdauer, die einer besseren Sache würdig wäre, sucht die Berichtigungsabteil

nach der Arbeit nimmt, entweder brechen sie zwei Holz ab oder sie sind viel zu wenig — die Schmiede sagen, das Material sei zu schlecht, daß könnte nicht halten. Wie denken es liegt doch auch im Interesse der Begegnung des Gesetzes anzuschaffen und deshalb möchten wir den Betriebsführer so erluchen, Abhilfe zu schaffen. Noch ein großer Nebelstand ist, daß sich die Lehmhauer die Pauschalzulage selbst laufen müssen.

**Großes Unterwerfung aus § 11 des Reichsverordnungsgesetzes** erluchen wir Sie, nachstehende Verichtigung der redaktionellen Bemerkung zu unserer Nr. 15 Ihres Blattes, Seite 5, veröffentlichten Entgegnung zu veröffentlichen: Es ist unrichtig, daß in unserer Entgegnung vom 11. April nicht alle Punkte der Notiz in Nr. 10 Ihres Blattes berichtigt worden sind, weil die behaupteten Mißstände zutreffen. Wir haben lediglich eine Anrechnung von Zusatzlöhne zutreffen. Wir haben die Grubenverwaltung verhindern wollen.“

**Gegebenst! Gewerkschaft der Trappe. Die Grubenverwaltung: Herr Schröder:**

In Nr. 12 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 21. März d. J. befindet sich auf Seite 4 unter der Marke „Begegnung Auguste Victoria“ eine Notiz, welche wir Sie unter Berufung auf § 11 des Reichsverordnungsgesetzes wie folgt zu berichtigten ersuchen: „Die von der Redaktion ausgesprochene Verurteilung zu unserer in Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Verhüllung, daß die von uns angegebenen Durchschnittslöhne von 6,22 M. und 6,17 M. ein Steiger betreuen, wo wenig oder gar keine Schlepper vorhanden seien, ist nicht zutreffend. Wichtig ist, daß in dem in Frage kommenden Steiger des Steigers Wyk im Verhältnis zur Gesamtzahl der Neuverdelegenschaft ebensoviel Schlepper beschäftigt sind, wie in den anderen Steigern. — Unrichtig ist auch, daß in dem angegebenen Durchschnittslöhn die Gehälter der Beamten enthalten sind. Es ist ferner unrichtig, daß nach Erscheinen des Artikels in der „Bergarbeiter-Zeitung“ der Glusaher am verschiedenen Betriebspunkten die sechsstündige Schicht angeordnet hat. Wichtig ist, daß diese schon vorher vom Reviersteiger angeordnet worden ist, sobald die Temperatur 28 Grad erreichte. — Unnahr ist auch, daß die Arbeiter die von dem Steiger Wyk angeordneten sechsstündige Schicht nicht innegehalten haben. — Es ist schließlich unrichtig, daß am 15. Februar einem Arbeiter nach vorausgegangener 4½-monatlicher Krankheit gekündigt worden ist und daß die Kündigung erfolgt ist, weil befürchtet wurde, daß der Arbeiter infolge seiner Krankheit weniger leistungsfähig sei. Richtig ist, daß der Arbeiter, welcher, wie festgestellt ist, sich während des Krankheitszwecks mit Steinefahren beschäftigt hat, sich erst nach der bereits im September v. J. erfolgten Kündigung krank gemeldet hat. Der Mann ist wieder angeschaut, ohne sich beim Reviersteiger zu melden, sonst wäre er nicht wieder angeworben worden.

**Gebe der Charlotte. Mißstände gibt es nicht,** heißt es immer;

aber auf Gehe de Charlotte gibt es jetzt Mißstände haufenweise. Wenn man z. B. im Steiger des Steigers Wyk, Südfügel, fünfte Sohle, zu den Oberschächten in Flöz Kreftenscher II gelangen will, muß man Fahrstühle benutzen, die Wasser stromaufwärts heruntergezogen kommen, so daß die Kameraden durchaus sind, wenn sie vor ihrer Arbeitsstelle kommen. Das Wasser wird von der dritten Sohle abgeleitet und sucht sich seinen Weg durch die Fahrstühle. Weiter befinden sich die Fahrstühle nicht in bestem Zustand. Wenn man z. B. von Ort III in Kreftenscher II nach Ort V in Kreftenscher II an der zweiten Bremse westlich steigen will, so ist man der Gefahr ausgesetzt, daß man mit den Fahrstühlen heruntergeht oder daß man von Steinen überschüttet wird. Betreuender Fahrstuhlhärt ist in Reparatur, aber eine Zeit lang sind die Reparaturarbeiten gestundet gewesen, angeblich, weil keine Fahrstühle vorhanden waren. Es sollte doch diesen Fahrstühlen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil diese der Belegschaft des Reviers als Notausgang dienen sollen. Weiter geht nach Ort V, Osten, zweite Bremse, im Flöz Kreftenscher II, gar kein Fahrweg, weder von der fünften noch von der dritten Sohle, sodass die dort beschäftigten Kameraden gezwungen sind, durch den Brenzberg zu gehen, wenn sie zu ihrer Arbeitsstelle gelangen wollen. Auch wäre es nützlich, daß sie zu sorgen, daß nicht Bergesatz in die Strebenspeller gelüpft wird, damit diese nicht sowieso offen und leer stehen. Auch für Holz zum Verbrauch muß besser gesorgt werden.

**Weltmar.** „In Nr. 13 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 28. März befindet sich auf Seite 8 des Blattes unter der Marke „Begegnung General“ eine Notiz, welche wir Sie unter Berufung auf § 11 des Reichsverordnungsgesetzes wie folgt zu berichtigten ersuchen: „Es ist unrichtig, daß auf Gehe General im Steiger des Steigers Brings die Fahrtentfernung der Fahrtzeit nur mit Lebensfahrt benutzt werden können und daß die Fahrtentfernung Teil an saulen Stricken befestigt sind. Die Fahrtentfernung ist sämtlich ordnungsmäßig mit Fahrstrichen befestigt und können ohne Lebensfahrt benutzt werden. Wichtig ist, daß die beim Einbauen von Bergtrümmern umzubauenden Fahrtentfernung der Arbeiter einzeln mit Stricken provisorisch festgehangt werden. Es ist ferner unrichtig, daß in der zweiten Abteilung die Kohlen- und Steinrutschen nur sehr oberflächlich und ungenügend befestigt sind. Ein Fahrstuhlhärt von der 8. zur 7. Sohle, an welcher ein einziger Abortkübel stehen soll, ist auf Gehe General nicht vorhanden.“

**Hochachtung! Gewerkschaft General. (Name unleserlich.)**

Gebe Bollverein (Schacht I und II). Ein von uns schon gerügter sehr großer Nebelstand ist hier, daß die Pferde während dem Schichtwechsel am Füllort vorbei müssen. Auch hält man es mit dem Leben und der Gesundheit der Bergleute nicht genau. Denn die Leute, welche mit dem leichten Karre ausfahren, müssen immer so lange auf dem Karre bleiben, bis die Türen der Reihe nach mit Wagen gefüllt sind. Auch müssen die Leute, welche den leichten Karre haben und auf dem dritten Sohle beschäftigt sind, den Schacht von der vierten bis zur dritten Sohle herauskleimen, denn hier wird schon vor Sabschluß der Seilschaft Sohle gefördert. Der Bergmannsruhrt heißt auf Bollverein nur „Kohlen, Kohlen!“ Wenn der Steiger die Arbeit befehlt, so fragt er nur: „Wieviel Kohlen hatten Sie gestern, wieviel heute und wieviel werden Sie noch bekommen?“ Am 16. März wurde eine Feierschicht wegen Mangel an Absatz eingelebt. Aber am 14. Jahr die halbe Morgenschicht des Abends an. Und beim Steiger A, Flöz 10, wurden sogar Leute zur Doppelschicht bestellt, um Kohlen zu fördern. Nun fragen wir die Gewerkschaft, ist so eine Feierschicht nur für einen Teil der Belegschaft oder für alle? Auch scheint es auf genannter Gehe mit dem Ausbau der Förderstrecken nicht genau genommen zu werden, denn so werden z. B. im Flöz 10, beim Steiger Kunst, auf der vierten Sohle, Strecken bis zu 150 Meter ohne Holz getrieben. Denn hier sieht man kein Holz an hängenden, geschwungenen Stempeln in der Strecke stehen. Nun geben wir der Bergbehörde anheim, hier einmal nach dem Rechten zu suchen, oder soll der Brunnen erst zugedeckt werden, wenn das Kind ertrunken ist? Auch scheint man auf Bollverein keine Arbeitsordnung zu haben. Denn hier wird zu jeder Stunde das Gedinge reduziert. Ist der Hauer damit nicht einverstanden, so bekommt er vom Steiger A. am 17. Februar, er könne noch nach der Schicht kündigen. Sowit ist heute genug. Den Bergleuten wird Bollverein rufen wir aber zu: Ginein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Denn nur durch eine Organisation verbessert Ihr eure Lage und nicht durch Bauchrutschen und Speicheldecken.

## Oberbergamtsbezirk Bonn.

**Grube Vereinigte Villa.** In der alten Grube wird das Grundwasser, welches aus der Kohle oder Kieselschicht herkommt, zur Zubereitung des Kaffees verwendet. Dieses Wasser fließt noch eine lange Strecke durch einen offenen Graben, sodass bei Regenwetter der Schlamm von Wegen und Böschungen auch noch hinzukommt. Man braucht sich unter solchen Umständen mehrheitlich nicht zu wundern, daß die Krankenfälle eine sehr hohe ist. Dieses wird annähernd dieselben Zustände wie 1906 im März auf der Gehe Stadtbad bei Hamm i. W., wo auf einmal 38 Bergarbeiter durch den Genuss schlechten Trinkwassers am Typhus erkrankten. Da doch in unmittelbarer Nähe, kaum 100 Meter entfernt, die Wasserleitung liegt, wäre doch sehr leicht und mit geringen Kosten Abhilfe zu schaffen.

**Grube Wachtberg-Wilhelma.** Auch hier geht man mit Lohnkürzungen vor. Am 8. März wurde ange sagt, daß bei den Übernahmen der Stundenlohn um 2 Pf. pro Stunde gekürzt werde. So geht es im ganzen hiesigen Braunkohlenrevier. Hätten die Bergarbeiter in der flotten Konjunktur sich alle dem Verbund der Bergarbeiter Deutschlands angegeschlossen, so bräuchten sie sich den Abzug jetzt nicht gefallen zu lassen. Die Überbrücke der Werke sind doch wahrhaftig noch so hoch, daß dieser Abzug nicht nötig war. Das Kapital leidet jetzt sicher noch keine Not. Aber dieses ist nun erst der Anfang, wie wird das Ende sein? Kameraden, was wir nun in der flotten Zeit verfügt haben, wollen wir jetzt nachholen, ehe es zu spät ist, indem wir uns alle organisieren.

## Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

**Grube Heureka.** Die ungünstige Konjunktur macht sich auch hier in schlechterer Bedeutung der Arbeiter und geringeren Löhnen bemerkbar. Gegen diejenigen Arbeiter aber, die es wagen ihren Rechtsstandpunkt festzuhalten, geht man mit Entlassungen vor, trotzdem es an Arb. jüngst fehlt und die Verwaltung alles tut, um solche heranzuziehen.

Allerdings wird bei den Entlassungen ein anderer Grund angegeben. So wurde kläglich noch ein Kamerad entlassen, weil er angeblich zu früh herausgefahren war. Auf Wilhelmschacht soll ein Arbeiter entlassen worden sein, weil er die Stütze im Mannschaftsbau zerstört, an anderer weil er gelacht hat. Der Direktor von den Friedenswerken soll kläglich gesagt haben: „Fest haben wir das große Messer in der Hand, jetzt soll ihres fühlen“. Vor der letzten Montagsabend wurden den Arbeitern in allerdings schönen Versprechungen gemacht, aber Versprechen und halten ist zwecklos. Wir können den Kameraden nur dringend raten, den Verlockungen der Grubenverwaltungen nicht zu folgen und dieses Eldorado zu meiden.

## Königreich Sachsen.

**Bogau-Döhlitzer-Stevier.** Besonders stark treten jetzt wieder die Beschwerden über allzeit Nebelstände auf den hiesigen Gruben auf. Es hat den Anschein, als wenn die Jagd nach Stoffen, alles andere notwendige außer Tätsigkeit gefehlt hätte. Als großer Mißstand empfindet man das allgemein stark auftretende Verfahren von Liefer- und Sonntagschichten. An der Spitz marschierten in dieser Beziehung die Werke Sedwitz, Deutschland, Vereinsfeld und verschiedene andere. Auf Deutschland ist es schon längst üblich, daß Beamte zum Schichtende noch 1–2 leere Wagen vor Ort bringen mit dem sanftesten Hinweis, daß diese noch gefüllt werden müssen. Dadurch wird eine lästige Verlängerung der Schichtzeit herbeigesetzt, sodass aus acht Stunden allmählich neun Stunden werden. Auch das dort übliche Strafmaß ist schwerlich gerechtfertigt. Wer Samstag oder Montag fehlt, wird mit drei Mark bestraft. Diese Strafe erscheint uns als höchst ungerecht und wäre es wohl nicht so schwer, in dieser Beziehung Besserung einzutreten zu lassen. Wir bezweilen, ob eine derartige Strafe den Zweck erfüllt, für welche sie aufgeworfen wird, bestreichen aber, daß unschuldige mit darunter leiden müssen. Auf Crottendorf soll es besonders Steiger Ullmann sein, bei welchem nicht genug Sonntagschichten versahen werden können. Mit acht Stunden scheint dieser Herr nicht zufrieden zu sein, sondern mit zwölf Stunden. Es gibt Leute, welche 5–6 Sonntage nacheinander Schichten verfahren, man versucht sogar noch zwischen Sonntag fehl und Montag mittag eine zwölfstündige Schicht einzuschließen und zwar von Sonntag abend 8 Uhr bis Montags frühs 8 Uhr. Auch wird sehr über die Geschaffenheit der Bahn, Seilbahn geklagt. Vor dem Ort Nr. 7, welches bereits schon 14 Tage belegt war, hatte man es nicht für nötig gehalten, eine Platte zu legen, sondern mussten die vollen Wagen auf einer alten Wetterstrecke, wo ein noch älterer Seiten gebogenes Gleisch Biegung darauf genagelt war, transportiert werden. Die Kameraden erzählten, daß die vollen Wagen hätten förmlich getragen werden müssen. Ein Füllort des Schachtes III soll die aus- und einfahrende Mannschaft sehr wenige Platz haben. Es ist schon vorgeschommen, daß die Mannschaft, welche von den Tiefen nach dem Oberen fährt, auf den Fahrten umsteigen müsste. Weiter wird in gewissen Revieren über das Nichtvorhandensein von Altkesselschalen geklagt. Die Altkel stehen manchmal ganz frei an jeder beliebigen Stelle, ganz gleich, ob der volle Wetterstrom vorbeigeht. Selbst auf dem Füllort haben schon mindesten welche gestanden. Leere Kübel sollen genug vorhanden sein, nur mangelt es an den hierfür notwendigen Nähnäischen. Auf dem Gedwolglach ist es der Reviersteiger Straßburger, welcher die Leute zur 12 Stunden-Schicht veranlaßt. Wer sich weigert, wird von seinem Ort weggetragen und erhält meistens schlechte Arbeitsstellen. Durch derartige Manipulationen kommt dann das sogenannte „freiwillige“ Nebelstandentum zum Vorschein. Concordia ist ein derartiges Werk, wo das Brämlen- und getrennte Gedinge floriert. Die dadurch entstehenden Nebelstände sind ja bekannt und brauchen hier nicht erwähnt zu werden. Auf Pluto-Mercur vermissen die Arbeiter das Anhängen von Strafzetteln. Bei dem Werk Staigergrube ist es gerichtlich festgestellt, daß Mißstände nicht vorhanden sind. Da nun der Begriff, was eigentlich auf den Gruben als Mißstand anzusehen ist, zwischen Arbeitern und Beamten ein sehr verschieden ist, so wird es immer vorkommen, daß die Arbeiter gewisse bestehende Zustände als großen Mißstand empfinden, wohingegen der Beamte diese Nebelstände als im Bergbau „selbstverständliche“ betrachtet. Wir haben deshalb bei unseren Kritiken nicht die Ansichten der Beamten zu berücksichtigen, sondern die Empfindungen der Arbeiter im Auge zu behalten. Wir gestatten uns deshalb heute einiges, was die Arbeiter als Mißstand empfinden, hier zu erwähnen. Es ist das Seil auf dem Seilbahn im Überschlag von Schacht I nach Schacht II im zweiten Revier unverhältnismäßig so kaputt, daß überall die Stacheln herabhängen und beim Fahren die Kleider sowie die Haut aufgerissen werden. Dieser Nebelstand wird selbst von Beamten stark empfunden. Die sogenannten Schutzvorrichtungen — Preßbäume — auf dem Halpel oder den Bergbergen, sind oft derartig, daß selbiges überhaupt nicht benutzt werden können, weil dieselben immer weggehängt werden müssen, um den nötigen Platz für die Wagen zu bekommen. Diese Schutzvorrichtungen stellen also den sogenannten „Toten Hund“ vor der Hütte vor, wie es im Volksmund heißt. Von Gedingenweisen wird uns mitgeteilt, daß der Herr Obersteiger Börs das Gedinge ohne Beisein der Arbeiter macht. Bei dem Gedingen machen werden meistenteils nur die Beobachtungen vor Ort in Augenschein genommen, aber wie es auf den Strecken aussieht, wird nicht berücksichtigt. Dasselbe gilt auch für die Reparaturarbeiten und den Bergverkehr, diese Arbeiten werden meistens nach dem Guttlinken des Obersteigers bezahlt. Besonders müssen diejenigen Kameraden leiden, welche die sogenannten Pfister anzuputzen haben. In der Regel liegen dort, weil man es den wenigen Wagen halber nicht für notwendig hält, die Strecken und Weitverhältnisse sehr im argen, sodass man trotz aller Anstrengung nichts verdienen kann. Bei eventuellen Verhaftungen heißt es dann manchmal: „Macht mehr, dann verdient ihr mehr.“ Bei solchen ungünstigen Seiten helfen auch noch andere Verhältnisse die Löhne reduzieren. Einmal heißt es, die Wagen sind nicht genügend voll und sind dann so und so viel weggenommen, dann wird wieder wegen unreinem Kohlenfüllerei versucht, die Wagen wegzunehmen, obwohl man in Wirklichkeit gar keine Berg hat. Wirst man aber vorhandenes Gemisch von Kohle und Berg in den Revier, hat man Strafe zu erwarten, füllt man es in den Wagen, wird man bestraft. Bei guten Gediegengang allerdings fragt man nicht danach, was gefüllt wird; da heißt es immer: „Hinde heraus“. Durch derartige Praktiken reduzieren sich aber für die Betreffenden die Löhne. Wünschenswert wäre es, daß bei dem Schlämmen zuvor erst die Rohrtour in Ordnung gebracht würde, damit nicht die Förderleute die ganze Schicht im Wasser und Schlamm herumwaten müssen. Hassen wir, daß diese wenigen Zeilen eine Anregung zur Besserung sind.

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Grube Abendröte (Maraschacht).** Hier gibt es einen alten Stollen, Rücks genannt, wo noch eine ganze Abteilung Arbeiter ein- und ausfahren muss, welcher so voll Wasser steht, daß niemand trauen darf hindurch zu kommen. Alle Beschwerden der Arbeiter blieben bisher erfolglos. Die Staatskommission, welche am 15. April fuhr, hat man durch diesen Stollen nicht geführt. Warum wohl nicht? Es wäre zu wünschen, daß Herr A. hier auch einmal für Ordnung sorge, denn die Zustände infolge des Wassers sind im genannten Stollen unhaltbar.

**Königlich Preußische Grube.** So etwas kann man nur von den anständigen Reichsstreuen erleben. Auf dem königlichen Hofbau, 15. Abteilung, verabschiedete vorige Woche der Fahrhauer Hoffmann, der erst in die Abteilung gekommen ist, dem Hauer Wieland in der Grube Ohnsiegen, mit der schmeichelhaften Bemerkung, „ich wünsche Sie, daß Sie verreden“, weil er angeblich für seine Kameraden kein Material hatte einschreiben lassen. Wenn dem Wieland, einem Mitglied des Reichsstreuen Vereins, von einem ebenfalls reichstreuen Fahrhauer so etwas passiert, so fragt man sich verwundert: „Sind das die anständigen Leute, von denen Erwähnt in Nr. 26 des „Feierabend“ schreibt?“

**Segen Gottes-Grube.** Auf genannter Grube erhalten am 16. April acht Bahnhofsdienstleute die Entlassung bei Steiger Becker, weil sie verlangten, daß pro Schicht 25 Pf. Lohn, welche sie zu wenig erhalten hatten, nachgezahlt würde. Als sie beim Steiger vorstellig wurden, verwehrte er sie an den Bergverwalter. Als dieser erschien, erklärte er, daß sie sofort die Entlassung erhalten und dafür sechs Schichten Rautenkürbischaftrafe zu zahlen hätten (die Seilschaft war nämlich schon beendet). Die Bahnhofleute aber waren der umgekehrten Meinung, sie verlangten für die unbegründete sofortige Entlassung für sechs Schichten Entschädigung. Wenn wird das Schiedsgericht nach den bisher bekannten gewordenen unverständlichen Urteilen Recht geben?

**Segen Gottes-Grube.** Bevorhandnung leitens der Grubenverwaltung über die Geldentlastung ihrer Arbeiter. Das die Verwaltung der oben genannten Grube gut darüber informiert ist, daß die Arbeiter nicht wissen, wie sie mit den schlechten Löhnen bei den hohen Lebensmittelpreisen auskommen sollen, zeigt sich dadurch, daß sie die Woche vor dem Osterfest für eine Schicht weniger Abschlag zahlten, als sonst üblich. Es gelang wahrscheinlich deswegen, weil in die Woche nach dem Osterfest drei Feiertage fallen und infolge dessen die Arbeiter nur den halben Überschlag erhalten, obwohl sonst die Herren wissen, daß trotz des flotten Geschäftsganges den Arbeitern kein Sparpreis

übrig geblieben ist, und so führen sie, daß der Hunger auch ihre zielstreuen Schädel am Ende noch in die Hände der freien Gewerkschaften treibt. Auch sagen jetzt alte Hauer darüber, daß sie auch jede ihnen publizierte Schlepperarbeit verachten müssen, weil sie die Arbeitsordnung dazu verpflichtet, und beginnen jetzt einzusehen, welche Ketten sie sich durch die Münchine dieser Arbeitsordnung geschleift haben. Das Märchen, das den Arbeitern schmerzhaft bei Herausgabe der Arbeitsordnung vorgegaulekt wurde, „es werde nicht so hell gegessen, wie aufgeschlitzt werden“, ist längst verdorben. Bei uns gilt das Sprichwort: Hassen und Darren, macht uns zum Narren.

**Grube Königlich Preußische Grube (Georgschacht).** Auf dem Heinrichschacht ist die Wetterführung eine schlechte und die Bäume sind so niedrig, daß die Arbeiter nur in gebückter Stellung durchziehen können. Am 11. April befahl der Bergmeister die Brüche, tags zuvor mußten jedoch 60 Mann überstürzen verfahren, um alles in Ordnung zu machen. Jedermann ist das ein ganz merkwürdiges Zusammentreffen, das den Wert unserer heutigen Grubenkontrolle in bengalischer Beleuchtung zeigt. Trotzdem zeigt überall Nebelzug an Arbeitern vorhanden ist, herrscht hier infolge der schlechten Löhne und schlechten Behandlung Arbeitermangel. Das führt aber die Herren nicht, die Löhne werden weiter reduziert und die Behandlung wird auch nicht besser. Die Schechelder und Glästlingswirtschaft ist ebenfalls stark vertreten, worüber man sich bei den elenden Verhältnissen allerding nicht zu wundern braucht.

## Sachsenland und Reichslande.

**Oberbaudirektion für Rostocker Bergbau (Wiesbach).** Nicht etwa, um an dem Urteilsspruch des Landgerichts München II zu überreden, wo zwei Beamte der oberbaudirektion für Rostocker Bergbau freigesprochen wurden, wollen wir hier einiges feststellen, sondern um zu zeigen, wie schön immer alles von Seiten der Beamten geschildert wird, um ja keine Schuld tragen zu müssen, wenn ein Bergmann zum Sklaven wird. Das aber dennoch zuvor und hernach eine heilige Schlamperie in bezug auf die Fachwerkhäuser und Durchgänge herrsche, ist doch festgestellt worden und zwar durch amtliche Personen. Gerade von anfangs Juli v. J. kann nachgewiesen werden, daß der strittige Fahrstuhlhauz zusammengebrochen war und der inspizierende Beamte mit dem Arbeiterausflugsmitglied G. Sch. umkehren mußte. Die Aussage des Ingenieurs Straße, daß sich die Bergleute mittels der Mohrleitungen verständigen, um beim Herauahen eines Revierverwaltigen zu warnen, ist unzutreffend, denn bei dem niedrigen Gehalt hat keiner Zeit, sich etwa stundenlang als Ausflugser hinzustellen. Auch kommen die Herren selber oft, die Lampe ständig unter dem Rock, im Finstern, um zu lauschen und zu überprüfen. Was hilft auf der einen Seite ein Verbote, wenn auf der anderen Seite die Gangäste eingestürzt oder brechen zusammen gedreht waren, daß man mit gebrochenem Gefahr kaum durchbrechen konnte. Bei dem letzten Unfall des Bergbaubetriebs Neumaier kann ebenfalls konstatiert werden, daß bei dessen Transport die Ausgangsstelle im Umbau zu Brüche war und der Brüchschacht benutzt werden mußte. Oberbergamt Spatz stellte fest, daß er selbst zweit Tag vor dem Unfall des Bauers Barthl drei Gangäste zum Fahrstuhlhauz verschlossen b. h. zusammengebrochen vorkam. Ein weiteres wollen vor dem Ingenieur Straße noch ans Herz legen. Die beledigenden Aussprüche, daß er ja doch die Arbeiter flitzen muß, daß dieselben bloß nur deshalb in die Grube gehen, um Pensionshäre zu sammeln, sind nicht dazu angeleitet, die Achtung gegen diesen Herrn zu steigern. Im Gegenteil empfinden dies die Kameraden als einen blutigen Hohn, als eine schlimme Beleidigung. An dem sogenannten Barbarastesten hört man stets das Vieh vom brauen, lange Dienstzeit machende Bergmann, der sich ohne Muren dreißig und noch mehr Jahre ausbeute ließ. Passiert es doch vor kurzem einem Bergmann, der mit einer Blüte an Herrn Straße herantrug, daß dieser ihn drohte, wenn er nicht verschwinden, ihn durch die Polizei abführen zu lassen. Das scheint die Harmonie oder das patriarchalische Verhältnis oder Verständnis zu sein. Die Arbeiter verlangen gerechte Behandlung, dazu haben sie ein gutes Recht, und auch jedesmal tüchtliche Abstellung von pessimalen Zöglingen; diese Maßnahmen sind mit oder ohne Strafe gestohlen bleiben.

**Böllingen (Lothringen).** In dem „Grube Reichsland“ überzeichneten Artikel in Nr. 14 Ihrer Zeitung bitten wir Sie unter Bezugnahme auf das Preßgesetz an gleicher Stelle die folgende Verichtigung aufzunehmen:

Wir verstehen es, wenn die Kameraden das zunächst unglaublich finden. Aber wir verstehen auf das Bestimmteste, daß in der Tat der Generalsekretär Behrens vom christlichen Bergarbeiter-Gewerkverein gleichzeitig Vorstandsmitglied des deutschen Erzgrubenbesitzerverbandes ist!!! Behrens sieht neben dem als scharfem Gewerkschaftsfeind bekannten Großindustriellen, Kommerzienrat Herrn Guillaume-Köhl, neben dem Bergwerks-Generaldirektor Herrn Ansgore usw. im Vorstand eines Vereins für die Interessen der Erzgrubenbesitzer!!!

Wir hatten schon vor vielleicht Jahresfrist ähnliches muntert hören, glauben auch legentlich gelesen zu haben, Herr Behrens stelle mit in einem „Verein für die Hebung des deutschen Erzbergbaus.“ Man könnte annehmen, dieser „Deutsche Erzgrubenverband“ sei eine unparteiische Organisation mit nur gemeinnützigen Zielen. Wenn man aber die Namen der potentiellsten Mitglieder liest und deren schroffe Stellung gegen die Arbeitersicherungen kennt, dann weiß man, daß dieser „Erzgrubenverband“ eine privatkapitalistische Interessenvertretung ist, wie die anderen Werkbesitzervereine auch. Und mitten zwischen den Werkkapitalisten steht als Vorstandsmitglied — Herr Reichstagsabgeordneter Franz Behrens, Generalsekretär der christlichen Bergleute!!!

So etwas ist noch nicht dagewesen, trotz Ven Uta! Wenn die Gewerkschaftsleitung von dieser für einen Arbeitervorsteher recht absonderlichen Vorstandsschaft ihres Generalsekretärs gewusst hat, dann hört sich einschließlich alles auf. Hat Herr Behrens der Gewerkschaftsleitung aber verheimlicht, daß er gleichzeitig Vorstandsmitglied eines Werkbesitzervereins ist, so kennzeichnet das gleichfalls die Sachlage im Gewerbereich.

Als wir neulich schrieben, man wisse nicht mehr, wer im Zentrumsgewerbeverein Koch und wer Kessner sei, da platzte gegen uns wieder eine der üblichen Entstehungsbomben. Daß wir trotzdem die Zustände ganz richtig beurteilt haben, wird jetzt bestätigt durch das Organ des christlichen Bauarbeitergewerkvereins! In diesem Blatte wird eine Entschuldigung (!) des Herrn Behrens versucht und heißt es dann weiter:

„Über ausgeworfen muß die Frage werden, wie es möglich war, daß so etwas überhaupt vorkommen konnte? Von allgemeinen Arbeiterpunktu und dem des Gewerkevereins im besonderen konnte es nichts anderes geben, als die strikte Ablehnung des Sprachen- wie auch des Jugendlichen-Paragraphen. Wäre es da nicht zweckmäßig gewesen, den Kollegen Behrens zu besonderer Vorsicht zu mahnen? Der Gewerkeverein hat 8—10 000 polnische Mitglieder (?) und hat am meisten mit den fremdsprachlichen Arbeitern zu rechnen. Eine kluge Leitung müßte infolge der politischen Komplikation, in der der Kollege Behrens stand und steht, umlichsame Verwicklungen beschränken und vorbauen. Über so, die Zeitung! Und scheint der Gewerkeverein hat heute überhaupt keine Zeitung. Jeder Beamte arbeitet für sich, und hält sich für eine erste Autorität, der niemand etwas weismachen kann. Das dann schließlich eins neben dem anderen hingehen muß, ist klar. Wir wollen gewiß niemand zu nahe treten, wollen auch die Fehler der früheren Leitung nicht vertuschen, aber das sagen wir, eine derartige Verfahrenheit, wie sie zurzeit im Gewerkeverein besteht, wäre heute die Einheitlichkeit des Wollens und des Handelns. Dritt darin keine Aenderung ein, muß das früher oder später zum Nachteil der christlichen Bergleute und der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung führen. Wir erinnern an die eigenartigen Vorgänge in der Knapschaftsfrage; wo ist da Klarheit zu merken, aber auch schließlich der Mut zur offenen Vertretung der besseren Eckenmaut?“

Ein „christliches Bruderorgan“ urteilt so über die jeglichen Gewerkschaftsführer! Wir möchten aber doch hervorheben: wenn die Gewerkschaftsleitung Herrn Behrens nicht ernannt hat, warum hat denn der „Gesamttauschuss der christlichen Gewerkschaften“, der extra eine Petition gegen das Vereinsgesetz dem Reichstag angesehen ließ, sein Mitglied Behrens nicht ernannt?! Im „Gesamttauschuss“ sitzen Giesberts, Schiffer, Wiedeberg, Stegeman usw. sitzen! Bloßgestellt hätte! Darauf haben die „Großmeister“ fallübert, nur deshalb haben sie den Gewerkschaftsvereinsvorstand in die Stelle des Minderjährigen gedrängt!

Der brave Gewerkschaftsvereinsvorstand hat sich auch diese Brüderlichkeit gefallen lassen und beschloß zum Fall Behrens:

„Die heutige Konferenz des Vorstandes und des Beratungsausschusses erklärt nach einer eingehenden Besprechung des Reichsvereinsgesetzes und der bei der Beratung derselben vom Kameraden Behrens eingenommenen Haltung:

1. Das Reichsvereinsgesetz entspricht nicht den Erwartungen, welche die christlichen Bergleute auf ein einheitliches Reichsvereinsgesetz gesetzt haben. Die darin enthaltenen Vorteile, wie z. B. der Wegfall der Anzeigepflicht der Mitglieder sowie die Gestaltung der Teilnahme der Frauen an Vereinen und Versammlungen können die schweren Nachteile, die für die deutschen Bergarbeiter durch den § 7 des Entwurfes (12 des Gesetzes, Sprachenparagraph) erwachsen, nicht aufwiegen. Fast ein Drittel der deutschen Bergarbeiter sind fremdsprachig. Da sowohl in der Kommission wie im Plenum des Reichstages alle Anträge, die Gewerkschaften gesetzlich von der Anwendung des Sprachenparagraphen ausgeschlossen, abgelehnt wurden, so ist zu befürchten, daß die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Bergarbeiter durch die Organisation zeit- und stellensweise unmöglich gemacht wird. Es besteht auch die Gefahr, daß die Unternehmer im Bergbau in Zukunft noch mehr als bisher fremdsprachige Arbeiter einführen, um dadurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Bergleute herunterzudrücken. Ferner erwünscht den Bergarbeiterorganisationen, die sich sehr viel mit Fragen der Gesetzgebung beschäftigen müssen, durch die §§ 8 und 17 (Bestimmungen über politische Vereine und Personen) die erhebliche Gefahr, zu politischen Vereinen erklart und dadurch der Möglichkeit beraubt zu werden, junge Leute unter 18 Jahren als Mitglieder aufzunehmen.

2. Bezuglich der Stellung des Kameraden Abg. Behrens bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes erklärt der Vorstand und Beratungsausschuß: Das Reichsgebot enthält Ausnahmeherrichtungen gegen die fremdsprachige Volksminorität, durch die unsere Gewerkschaftsarbeit sehr erschwert wird. Durch die in der zweiten Lesung erfolgte Zustimmung zu den gegen die fremdsprachige Volksminorität gerichteten Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes hat sich der Abg. Behrens in Begegnung zu einer großen Zahl der Mitglieder des Gewerkschaftsvereins insbesondere der fremdsprachigen Kameraden, für die ja ein besonderes politisches Organ herausgegeben wird, gestellt. Die Haltung des Abg. Behrens hat den Gewerkeverein taktisch schwer geschädigt. Sie kann dem Gewerkeverein die Gewinnung von Mitgliedern in den gemischtsprachigen Bezirken sehr erschweren.

Aus den persönlichen Erklärungen des Abg. Behrens und der Beipräzung der Angelegenheit hat der Vorstand und Beratungsausschuß die Überzeugung gewonnen, daß der Abg. Behrens durch die in der zweiten Lesung erfolgte Zustimmung zum § 7 nicht grundsätzlich den Ausnahmeherrichtungen seine Zustimmung geben wollte, sondern von der ernstlichen Absicht geleitet war, der Gewerkschaftsbewegung zu zuhören und sie durch die dadurch herbeigeführte Erklärung des Staatssekretärs vor den schlimmsten Folgen der Ausnahmeherrichtungen zu schützen. Er hat deshalb auch in der entscheidenden dritten Lesung gegen die Ausnahmeherrichtungen und für die gestellten Verbesserungsanträge gestimmt.

Diese für das komische Hin-und-Her in der Gewerkschaftsleitung wieder recht bezeichnende Resolution ist, wie uns von zukünftiger Seite mitgeteilt wird, erst nach Stunden langer, für mittlerer Debatte beschlossen worden! Die Vertreter einer entschiedenen Arbeiterpolitik haben in der Konferenz gar keinen Hehl darüber gelassen, daß es einzig richtig wäre, Herrn Behrens den Laufpass zu geben. Wer die famosen „taktischen Ermäßigungen“ haben gesiegt. Generalsekretär Franz Behrens, dem jeder ernsthafte Gewerkschaftler die Zuverlässigkeit als Arbeitervorsteher absprechen muß, bleibt Generalerzieher der „christlichen Bergvölker“! Er, der in der beispiellosen Weise gegen die Gewerkschaftsdisziplin verstoht, wird nach wie vor „seinem Volke“ Disziplin und Gehörlosen den gewohnten Führern predigen. Gott uns! Brust, der längst nicht so schlimmes verloste wie Behrens, ist gewinnt worden. Er hat uns sehr gesiegt. Wir haben aber nun einen mehr als vollgültigen Erfolg in Franz Behrens bekommen! Die Agitatoren des Bergarbeiterverbandes könnten sich nichts besseres wünschen.

Neben Herrn Behrens als Vorstandsmitglied des Erzgrubenverbandes wird uns von Gewerkschaftsseite mitgeteilt, der Gewerkschaft habe einen Teil seiner Gelder im Erzbergbau angelegt. Um diese Interessen zu wahren, dazu sei Franz Behrens vom Gewerkschaftsvorstand beantragt. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden. Aber es handelt sich nicht um die Mitgliedschaft in dem Vorstand einer einzelnen Grube, sondern Behrens ist Vorstandsmitglied in einem Bergbauverein. Sicherlich ist das im Erzbergbau angelegte Gewerkschaftsgeld nicht genügend, um dem Gewerkschaftsdelegierten einen Vorstandssitz in dem Verein der Grubenbesitzer zu sichern. Mag nun aber auch die Sache liegen wie sie will, soviel steht für die ganze Arbeiterschaft fest: Herr Behrens ist nicht der Mann, dem vertreten werden kann, er würde unter allen Umständen gegenüber den Bergbaubesitzern die Arbeitersinteressen energisch vertreten. Was Herr Behrens nun als Blockpolitischer „aus taktischen Ermäßigungen“ gegen die Arbeiter- und Volksinteressen empfunden hat, genügt sicher vollkommen, um ähnliches von ihm als Vorstandsvorsteher der Grubenbesitzer befürchten zu lassen.

Wir gönnen dem Gewerkeverein seinen Generalsekretär von Herzen. Wir wünschen ihm gute Gesundheit und ein langes Leben. Ihm ist's wohl, er ist und ist besser.

Ihre Bestrebungen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft in Deutschland viele Tausende nicht Deutsch redende in- und ausländische Arbeiter beschäftigt werden, eine schwere Schädigung. Die Abstimmung des Abg. Behrens ist aber als eine taktische Maßnahme zur Erlangung der bekannten Erklärung des Staatssekretärs des Reichsgerichts aus dem Interesse der Unionwendung des Sprachenparagraphen auf die Gewerkschaftsbewegung aufzufassen.

Der Ausschuss erklärt jedoch: Das Vereinsgesetz enthält Ausnahmeherrichtungen gegen Bergarbeiter, welche auf keinen Fall die Zustimmung eines christlichen Gewerkschaftsführers finden durften. Es müßtigt daher die taktische Haltung des Abg. Behrens auf das entschiedenste, währenddessen in vollem Umfang seine schwierige Situation. Der Ausschuss steht in diesem Einzelfall in keiner Grund, dem Kollegen Behrens das Vertrauen zu entziehen, umsonstiger, als er bei der entscheidenden Abstimmung über das Gesetz aller Verbesserungsanträge zugunsten der Gewerkschaftsbewegung abgestimmt und den § 7 (§ 12) abgelehnt hat. Ferner weist der Ausschuss mit aller Entschiedenheit die Versuche eines Teils der Kreise zu erläutern, die katholischen und evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften konfessionell zu verhören und sie in Gegenseite zu bringen. Er fordert alle Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf, sich durch leinerlei Machinationen in ihrer treuen und ehrlichen Arbeit für unsere Bewegung begeistern zu lassen. Endlich richtet der Ausschuss — um ähnliche Differenzenfälle in der Zukunft zu verhindern — an den Vorstand des Gesamtverbandes das Gesuch, die jungen Abgeordneten, welche der christlichen Gewerkschaftsbewegung angehören, zu veranlassen, in den Parlamenten eine engere Führung untereinander zu halten und sich über ihre Stellung zu allen wichtigen Fragen der Arbeiterspolitik zu verständigen.

Durch diesen Beschluss hat sich der „Gesamttauschuss“ eine Entscheidung angemacht, die nach gemeinschaftlichen Grundsätzen nur dem Vorstand des Gewerkevereins der Bergleute zusteht! Behrens ist nur Mitglied des Gesamttauschusses, weil der Gewerkeverein ihn dortin delegierte. Nicht der Gesamttauschuss, sondern die Gewerkschaftsleitung hatte zuerst über den Fall Behrens zu richten und schaute wie biegsam zuständige Urteil aussielte, danach hatte sich der Gesamttauschuss zu verhalten. Wie jetzt verfahren wurde, dadurch ist der Gewerkschaftsvereinsvorstand zu — „unbedarfungen Instanz“ gestempelt worden, um die am 26. April tagende Sitzung des Gewerkschaftsvereins und seiner Bezirksteile zu verhindern, so zu entscheiden über Behrens, wie es die empörten Bergarbeiter im Gewerkeverein fordern. Indem ganz gegen alle gemeinschaftlichen Grundsätze sich der Gesamttauschuss aussah, über den Kopf der zuständigen Gewerkschaftsinstanz einen Beschluss über den Gewerkschaftsdelegierten zu fassen, war die Gewerkschaftsbewegung am 26. April in die Zwangslage gebracht, Behrens zu entschuldigen, ihn nicht fallen zu lassen, weil ein gegenwärtiger Beschluss auch den Gesamttauschuss (in dem Schiffer, Giesberts, Wiedeberg, Stegeman usw. sitzen) bloßgestellt hätte! Darauf haben die „Großmeister“ fallübert, nur deshalb haben sie den Gewerkschaftsvereinsvorstand in die Stelle des Minderjährigen gebracht!

Der brave Gewerkschaftsvereinsvorstand hat sich auch diese Brüderlichkeit gefallen lassen und beschloß zum Fall Behrens:

„Die heutige Konferenz des Vorstandes und des Beratungsausschusses erklärt nach einer eingehenden Besprechung des Reichsvereinsgesetzes und der bei der Beratung derselben vom Kameraden Behrens eingenommenen Haltung:

1. Das Reichsvereinsgesetz entspricht nicht den Erwartungen, welche die christlichen Bergleute auf ein einheitliches Reichsvereinsgesetz gesetzt haben. Die darin enthaltenen Vorteile, wie z. B. der Wegfall der Anzeigepflicht der Mitglieder sowie die Gestaltung der Teilnahme der Frauen an Vereinen und Versammlungen können die schweren Nachteile, die für die deutschen Bergarbeiter durch den § 7 des Entwurfes (12 des Gesetzes, Sprachenparagraph) erwachsen, nicht aufwiegen. Fast ein Drittel der deutschen Bergarbeiter sind fremdsprachig. Da sowohl in der Kommission wie im Plenum des Reichstages alle Anträge, die Gewerkschaften gesetzlich von der Anwendung des Sprachenparagraphen ausgeschlossen, abgelehnt wurden, so ist zu befürchten, daß die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Bergarbeiter durch die Organisation zeit- und stellensweise unmöglich gemacht wird. Es besteht auch die Gefahr, daß die Unternehmer im Bergbau in Zukunft noch mehr als bisher fremdsprachige Arbeiter einführen, um dadurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Bergleute herunterzudrücken. Ferner erwünscht den Bergarbeiterorganisationen, die sich sehr viel mit Fragen der Gesetzgebung beschäftigen müssen, durch die §§ 8 und 17 (Bestimmungen über politische Vereine und Personen) die erhebliche Gefahr, zu politischen Vereinen erklart und dadurch der Möglichkeit beraubt zu werden, junge Leute unter 18 Jahren als Mitglieder aufzunehmen.

2. Bezuglich der Stellung des Kameraden Abg. Behrens bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes erklärt der Vorstand und Beratungsausschuß: Das Reichsgebot enthält Ausnahmeherrichtungen gegen die fremdsprachige Volksminorität, durch die unsere Gewerkschaftsarbeit sehr erschwert wird. Durch die in der zweiten Lesung erfolgte Zustimmung zu den gegen die fremdsprachige Volksminorität gerichteten Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes hat sich der Abg. Behrens in Begegnung zu einer großen Zahl der Mitglieder des Gewerkschaftsvereins insbesondere der fremdsprachigen Kameraden, für die ja ein besonderes politisches Organ herausgegeben wird, gestellt. Die Haltung des Abg. Behrens hat den Gewerkeverein taktisch schwer geschädigt. Sie kann dem Gewerkeverein die Gewinnung von Mitgliedern in den gemischtsprachigen Bezirken sehr erschweren.

Aus den persönlichen Erklärungen des Abg. Behrens und der Beipräzung der Angelegenheit hat der Vorstand und Beratungsausschuß die Überzeugung gewonnen, daß der Abg. Behrens durch die in der zweiten Lesung erfolgte Zustimmung zum § 7 nicht grundsätzlich den Ausnahmeherrichtungen seine Zustimmung geben wollte, sondern von der ernstlichen Absicht geleitet war, der Gewerkschaftsbewegung zu zuhören und sie durch die dadurch herbeigeführte Erklärung des Staatssekretärs vor den schlimmsten Folgen der Ausnahmeherrichtungen zu schützen. Er hat deshalb auch in der entscheidenden dritten Lesung gegen die Ausnahmeherrichtungen und für die gestellten Verbesserungsanträge gestimmt.

Diese für das komische Hin-und-Her in der Gewerkschaftsleitung wieder recht bezeichnende Resolution ist, wie uns von zukünftiger Seite mitgeteilt wird, erst nach Stunden langer, für mittlerer Debatte beschlossen worden! Die Vertreter einer entschiedenen Arbeiterpolitik haben in der Konferenz gar keinen Hehl darüber gelassen, daß es einzig richtig wäre, Herrn Behrens den Laufpass zu geben. Wer die famosen „taktischen Ermäßigungen“ haben gesiegt. Generalsekretär Franz Behrens, dem jeder ernsthafte Gewerkschaftler die Zuverlässigkeit als Arbeitervorsteher absprechen muß, bleibt Generalerzieher der „christlichen Bergvölker“! Er, der in der beispiellosen Weise gegen die Gewerkschaftsdisziplin verstoht, wird nach wie vor „seinem Volke“ Disziplin und Gehörlosen den gewohnten Führern predigen. Gott uns! Brust, der längst nicht so schlimmes verloste wie Behrens, ist gewinnt worden. Er hat uns sehr gesiegt. Wir haben aber nun einen mehr als vollgültigen Erfolg in Franz Behrens bekommen! Die Agitatoren des Bergarbeiterverbandes könnten sich nichts besseres wünschen.

Neben Herrn Behrens als Vorstandsmitglied des Erzgrubenverbandes wird uns von Gewerkschaftsseite mitgeteilt, der Gewerkschaft habe einen Teil seiner Gelder im Erzbergbau angelegt. Um diese Interessen zu wahren, dazu sei Franz Behrens vom Gewerkschaftsvorstand beantragt. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden. Aber es handelt sich nicht um die Mitgliedschaft in dem Vorstand einer einzelnen Grube, sondern Behrens ist Vorstandsmitglied in einem Bergbauverein. Sicherlich ist das im Erzbergbau angelegte Gewerkschaftsgeld nicht genügend, um dem Gewerkschaftsdelegierten einen Vorstandssitz in dem Verein der Grubenbesitzer zu sichern. Mag nun aber auch die Sache liegen wie sie will, soviel steht für die ganze Arbeiterschaft fest: Herr Behrens ist nicht der Mann, dem vertreten werden kann, er würde unter allen Umständen gegenüber den Bergbaubesitzern die Arbeitersinteressen energisch vertreten. Was Herr Behrens nun als Blockpolitischer „aus taktischen Ermäßigungen“ gegen die Arbeiter- und Volksinteressen empfunden hat, genügt sicher vollkommen, um ähnliches von ihm als Vorstandsvorsteher der Grubenbesitzer befürchten zu lassen.

Wir gönnen dem Gewerkeverein seinen Generalsekretär von Herzen. Wir wünschen ihm gute Gesundheit und ein langes Leben. Ihm ist's wohl, er ist und ist besser.

Der selbige Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins, Herr Bergmeister Engel, vor etwa einem Jahre als „Hilfsarbeiter“ in das preußische Handelsministerium berufen, ist jetzt zum Chef des Regierungsrat und Vortragenden Rat ernannt! Herr Engel hat sich als unbedingten Schriftsteller bekannt gemacht, der sogar vor ungewissen, beschimpfenden Verdächtigungen der Arbeiter nicht zurücksteckt, was vor dem Essener Gericht nachgewiesen wurde. Dieser Mann hat nun eine hervorragende Stellung im Handelsministerium erhalten, den auch die Bergbehörde unterstützen sind! Ein nettes Zeichen für die „neue soziale Ära“.

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Oberbergamtbezirk Dortmund.

#### Auch ein Zeichen der Zeit!

Der selbige Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins, Herr Bergmeister Engel, vor etwa einem Jahre als „Hilfsarbeiter“ in das preußische Handelsministerium berufen, ist jetzt zum Chef des Regierungsrat und Vortragenden Rat ernannt! Herr Engel hat sich als unbedingten Schriftsteller bekannt gemacht, der sogar vor ungewissen, beschimpfenden Verdächtigungen der Arbeiter nicht zurücksteckt, was vor dem Essener Gericht nachgewiesen wurde. Dieser Mann hat nun eine hervorragende Stellung im Handelsministerium erhalten, den auch die Bergbehörde unterstützen sind! Ein nettes Zeichen für die „neue soziale Ära“.

**Wie sich englische Arbeiter Respekt verschaffen.** Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben: „Für den Erfolg, den die Gewerkschaften in England ausüben, ist nachstehender Vorfall bezeichnend: Der Stadtrat des Seebades Blackpool hatte es für angebracht erachtet, gegen den achtstündigen Arbeitstag der Bergleute zu protestieren. 4000 Bergleute des Bergarbeiterverbandes von Lancashire beschlossen darauf, in Zukunft Blackpool nicht mehr zu besuchen. Die Steuerzahler von Blackpool gerieten dadurch in lebhafte Empörung über ihren Stadtrat, sodass er sich genötigt sah, seinen Einspruch gegen das Achtstundengesetz zurückzuziehen. Merkt euch, Bergleute in Deutschland!“

**Gestalten.** Von der geschilderten Erfahrung der Arbeiter bis ins hohe Alter, wieder mal ein treffendes Zeugnis. Der Bergmann St. erlitt auf Recke Rau am 21. Februar 1908 einen Unfall an welchem er 11 Monate feiern mußte. Als er nun wieder zur leichteren Arbeit entlassen wurde und auf obengenannte Recke um passende Arbeit antrug, wurde ihm bedient, daß man keine leichte Arbeit hätte. Die Folge davon war, daß St. nirgendwo Arbeit zu finden wußte und gezwungen wurde, sein Leben als Hausierer zu fristen. Denkeren wollen wir noch, als St. um eine kleine Unterstützung aus der Unterstützungsklasse vorstellig wurde, sagte Obersteiger R. maulen Sie auch noch immer herum? Wir möchten hier bemerken, daß St. bei der geringsten Misströmung noch immer Blut spult. Als man denselben die ganze Unfallrente abgezogen (die Sache schmeißt jetzt noch beim Reichsversicherungsamt in Berlin) und er von seinem Geschäft nicht mehr das notwendigste zu seinem Lebensunterhalt erhalten konnte, ging er jetzt wieder nach obengenannter Recke und fragt um Arbeit an. Bergleiter B. meinte auch erst, am 1. April würde eine Stelle frei in der Lampenkunde. Als er aber im Laufe des Gesprächs erfuhr, daß St. noch immer in der Unfallstube lagte, wurde er unruhig und meinte, ja es ginge jetzt so schlecht und er sollte noch mal kommen. Dies ist wieder ein Beispiel dafür, solange man noch gesund und seine großen Knöchen hat, zum Ausbunten noch gut genug ist, wenn man aber seine Gesundheit eingebüßt hat, so heißt es, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Die schlechte Konjunktur macht sich auf dieser Recke recht fühlbar. So tritt am 1. Mai wieder eine Lohnreduzierung ein. Alle Schichtlinie werden gekürzt und der Wagen Kohlen wird um 10 und 15 Pf. niedriger bemessen.

**Wiederholen.** Der Sozialistenpresser und der größte Freund der ober-schlesischen Wohlfahrtseinrichtungen, „Der oberschlesische Arbeiterfreund“, berichtet immer die schlimmsten Früchte dieser Wohlfahrtseinrichtungen seitens Arbeitern zu präsentieren. Um diesen Arbeitertreff zu unterstützen, wollen wir einige Beispiele den Wohlfahrtseinrichtungen entnehmen, was der „Arbeiterfreund“ nicht getan hat. Ein Bergarbeiter von der Königlichen Grube Grube, welcher durch Unfall kränklich geworden ist und alle Schichten nicht versetzen kann, dabei vier Kinder nebst Frau zu ernähren und 18,40 Mt. Wohnungsmiete monatlich zu zahlen hat, wurde zur ärztlichen Beobachtung auf einige Tage herangezogen, für welche ihm kein Krankengeld gezahlt wurde. Dieser Mann hat im Monat Februar d. J. für 16 Schichten a 4,76 Mt. = 76,48 Mt. verdient. Davon gingen am 1. Mai wieder eine Lohnreduzierung ein. Alle Schichtlinie werden gekürzt und der Wagen Kohlen wird um 10 und 15 Pf. niedriger bemessen. Wenn die Arbeiter sich beschweren, so heißt es, wenn euch das nicht paßt, so wisst ihr ja, was ihr zu tun habt. Aber es wird auch gesagt, 4,60 Mt. sei auch noch Geld. Wie es heißt, sollte am 15. auch Leuten gefindigt werden. Allzählig hat eine Belegschaftsversammlung stattgefunden, welche sehr stark beteiligt und eine sehr große Erregung bemerkbar war. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher der schärfste Protest der Belegschaft gegen die Lohnreduzierung in Abrechnung der hohen Kohlenpreise zum Ausdruck kam.

### Oberbergamtbezirk Breslau.

**Steinkohlenbergwerk "Kontab"**

Durchschnittszahl der Arbeiter . . . . . 516  
An Gräfelfeldern gingen ein . . . . . 870,60 Mr.  
oder pro Kopf der Belegschaft . . . . . 1,68  
Bei den zwei letzten Bechen, wo die Wohlfahrtsseinrichtung (Arbeiter und Gefamverein) am meisten betrieben wird, werden auch die Bergarbeiter am höchsten bestraft. Diesem wird auch der überschlechtliche "Arbeiterfreund" oder wie ihn die hiesigen Arbeiter nennen, Arbeiterschind, bestimmen müssen. Die Kameraden mögen es bedenken und endlich ihre Kräfte zusammenzuschließen in einem starken Bergarbeiterverbande, um sich endlich von dem mörderischen Ding, der Wohlfahrtsseinrichtung, die zu bestimmt ist, den Arbeiter in Knechtschaftsketten zu halten, zu befreien.

**Lohnbewegungen und Streiks.**

Auf der Gewerkschaft Neustadt, Fabrik 4 in Berndburg, sind die Arbeiter in den Vorstand getreten, weil die von ihnen gestellten Forderungen in den wesentlichen Teilen nicht nur abgelehnt, sondern außerdem noch ih Mann gekündigt wurden. Der Streik steht für die Arbeiter sehr günstig. Zugang von Arbeitswilligen ist freudig fernzuhalten!

**Zugang streng fernzuhalten!**

Auf Grube Phönix (Trennerwerke bei Bipsendorf) sind zwischen der Verwaltung, der Grube und den Arbeitern Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter des Tagebaues, ungefähr 180 Mann, haben am Freitagabend und Sonnabend früh die Arbeit gekündigt wegen Mahrzettelung von sechs Arbeitern. Die Verwaltung der Grube, ganz besonders ein russischer Diplom-Ingenieur, sind eifrig bemüht, echt russische Zustände auf dem Werk einzuführen. Vor kurzer Zeit wurden eine ganze Anzahl Arbeiter bestraft, weil sie an einem Regentag von der Arbeit weggingen, als sie vollständig durchfeucht waren. Die Bestrafung brachte eine große Empörung unter die Leute; wenn es nicht zu weiteren Schritten kam, so hat es die Verwaltung nur dem einsichtsvollen Einreichen der Organisation zuzuschreiben. In den letzten Tagen treibt man es nun um so ärger; alte langjährige Arbeiter, die die Interessen der Belegschaft vor der Verwaltung zu vertreten hatten, treten man aus. Pfisterer. Im Laufe dieser Woche sind sechs Arbeiter ohne jeglichen Grund entlassen worden. Man will Betriebsabschürfung vornehmen, so sagte, der russische Diplom-Ingenieur der Schachtkommission, als sie vorstellig wurde. Wie sieht die Betriebsabschürfung in Wirklichkeit aus? Alle Tage kommen neue Arbeiter an, welche die Verwaltung in Arbeit genommen hat. Die Arbeiter kennen den Trick einiger Geschäftsvorsteher-Ingenieure, es gilt, die Grube von Elementen zu säubern, welche für die Interessen der Belegschaft eintreten. Die Arbeiter der Grube Phönix hatten es satt, sich noch länger als Spielball eines russischen Diplom-Ingenieurs gebrauchen zu lassen. Sie haben den Herren bewiesen, daß sie noch ein Herz im Leibe haben für ihre gewahrseligen Kameraden, indem sie mit ihnen die Arbeit niedergelegt. Wenn die Verwaltung der Grube nicht nachgibt, so wird wohl bald der ganze Betrieb stillstehen. Die Fabrikarbeiter wollen ebenfalls klagen. Um den Arbeitern auf Grube Phönix den Kampf zu erleichtern, ersuchen wir alle Arbeiter, den Zugang nach dort fernzuhalten.

**Eine arme blinde Mutter sucht ihren Sohn.**

Wir erhalten ein Schreiben, wonin eine arme, blinde Mutter uns bittet, ihr nach dem Verbleib ihres von Siebenort nach Deutschland gereisten Sohnes zu helfen. Der Verschollene heißt Franz Liefenberger, geboren 1888 zu Wardeinberg in Siebenort. Vorfünf Jahren ist derselbe nach Deutschland gereist und hat vorher Jahr im Oktober in Hannover, Weberstraße 19, gewohnt und auf Gehe Deutscher Kaiser gearbeitet. Von dort hat er seiner blinden Mutter am 10. Oktober den letzten Brief geschrieben. Wir bitten, alle Nachrichten über dessen Verbleib an uns gelangen zu lassen. Besonders unsere Vertraulicheute des Hamborner Bezirks bitten wir, sich nach dem Verbleiben zu erkundigen und uns eventuell über dessen Verbleib Nachricht zu geben.

**Briefkasten.**

345 102 J. M. Baumit, 88 965 N. Sch. Notthausen. Einladungen von uns unbekannten Kameraden können wir nicht überwinden. — G. Sch. Annen. Das hat nicht nur im "Dortmunder Generalanzeiger", sondern in fast sämtlichen unternehmerfreundlichen Blättern gestanden. Wir werden auf diesen fiktiven Ruf gelegentlich zurückkommen. — Zu M. Poremba. Was der uns eingangs in wurde auch aufgenommen. — 100 219 J. M. Schmidhorst. Bei der Invalidierung wird ein unständiges Jahr in Abrechnung gebracht.

**Verbandsnachrichten.****Zum Fall Spaniol-Brodam.**

Wie in letzter Nummer unserer Zeitung bekannt gemacht wurde, ist nun auch Brodam aus Schmidhorst nach § 4 des Statuts aus dem Verbande ausgeschlossen worden. Dagegen hat am ersten Osterntag eine Versammlung der Zahlstelle Schmidhorst protestiert. Die Resolution von E. Scopp, welche den Protest enthielt, ist sehr unklar gehalten. Es soll aber anschließend darin ausgedrückt werden, daß die folgenden Bekämpfungen Brodams nicht Veranlassung zum Ausschluß aus dem Verbande sein sollen, weil sie nicht in öffentlicher, sondern in einer Zahlstellenversammlung gefallen seien. Dagegenüber wollen wir darauf verweisen, daß die Zahlstelle Schmidhorst im August 1906 selbst einen Ausschlussantrag an den Vorstand sandte, daß das damalige Mitglied Schwins ausgeschlossen sei, weil er sich unkontrollierbar betrachten und er den Unterfasser sowie den Vertrauensmann verdächtigt und verurteilt habe. Wir haben damals Schl. ausgeschlossen. Was aber der Verwaltung der Zahlstelle zufolge, muß auch dem hoch schweren Bekämpften Vorstand im Falle Brodam-Spaniol zustehen. Die Zahlstellenversammlungen werden politisch überwacht und was dort gesprochen wird bleibt nicht geheim.

Wollte der Vorstand solche ungeheuerliche Bekämpfungen und Verleumdungen, wie sie Brodam gegen uns wiederholt geschildert hat, ruhig einstecken, so würden die beponnerten Mitglieder das Vertrauen zum Verband verlieren und der Verband sehr geschädigt werden. Wenn in der Protestresolution Scopp dann noch gesagt wird, daß die Bekämpfungen Brodams "praktisch anzuerkennen" sind und aus anderer Weise geregelt werden können, so ist das mindestens ein gewaltiger Fehler. Bei dem ganzen Streit mit Heinen und Spaniol und ihrem Zahlstelle handelt es sich um Verbandsangelegenheiten. Die Bekämpfungen Brodams gegen die Verbandsleitung sind sogar zum Teil in öffentlichen Lokalen erfolgt, wir verweisen nur auf die von Spaniol einberufene Versammlung in Oberhausen. Also kein verläßlicher Mensch kann da von Privatangelegenheiten reden.

Und wie schwer die Verloumdungen sind, brauchen wir doch wohl hier nicht aufzuzählen, die dortigen Mitglieder haben sie ja meist selbst aus dem Mund Brodams gehört. Und haben wir uns nicht alle Mühe gegeben, Aufklärung über die unterdrückten Anschuldigungen Spaniols und Brodams in dortigen Zahlstellenversammlungen und in Konferenzen zu geben? Wissen Scopp und die anderen Mitglieder nicht, daß in der Konferenz in Oberhausen, in welcher Brodam "seine Anschuldigungen gegen Göte beweisen sollte, er die Konferenz verließ, als er sah, daß der erste Anklagepunkt schon für ihn ungünstig ausfallen war, weil durch die Zeugen nichts gegen Göte bewiesen werden konnte?

Wäre Brodam seiner Sicherheit gewesen, wäre er dageblieben und hätte bewiesen, was er behauptet hatte. Steigert nicht Brodam seine Anschuldigungen mehr und mehr und verlangt angeklagt zu werden, wir sollten ihn ins Gefängnis bringen, wir müßten doch die Kosten zahlen, er habe nichts zu verlieren? Spricht ein rechtschaffener Mensch so? Hat er sich nicht Neuverungen gegen die Verbandsangestellten bedient, wie sie nur einer der schiefsten Gegner der Arbeiterbewegung äußert? Greift er nicht immer zu neuen Verleumdungen, wenn wir ältesten erfolgreich abgewehrt und richtiggestellt haben? Wir erinnern nur an die neueste Erfindung, die Brodam in der Versammlung am 12. April in Buschhausen äußerte, wonach er Vorstandsmitglieder des indirekten Mordes an den Genossen Brodum und Schürholz beschuldigte. Vorstandsmitglieder sollen durch unehrliche Verkommnis unsere verehrten Kameraden Gladewitz und Schürholz in den Tod getrieben haben? Weiß Scopp und die anderen sächsischen Kameraden nicht, daß

Gladewitz mit niemandem im Vorstand oder im Verband überhaupt nennenswerte Differenzen irgendwelcher Art hatte? Alle Kameraden wissen, daß unser Gladewitz nur seiner langanhaltenden und unheilsamen Brustkrankheit halber verzweifelt in den Tod ging. Nehmlich war es bei Schürholz. Dieser litt lange Zeit an Nervenkrankheit und niemand hatte mit ihm Differenzen. Uebrigens ist von den heutigen Vorstandsmitgliedern nur Schröder damals im Vorstand gewesen. Diese unheilige Anschuldigung kann wirklich nur ein Verückter erfunden haben. Brodam schreit vor seinem Mittel zurück, und verbreitet alles, selbst das blödsinnigste Ding, um uns zu beflehen und den Verband zu schädigen. Und ein solcher Mann soll im Verband bleiben und als Ehrenmann behandelt und angesehen werden? Wir begreifen wirklich nicht, wie Mitglieder sich auf einen solchen traurigen Standpunkt stellen und Brodam noch schützen wollen.

In der letzten Schmidhorster Versammlung ist sogar davon gesprochen worden, daß Jugel bestochen sei, weil er jetzt nicht mehr zu Spaniol hält, sondern dem Vorstand recht gibt. Man sieht da wieder, daß der Spaniol-Brodam-Triade vor nichts zurücksteckt und ihren Stank immer von neuem in die Mitgliedskreise zu tragen sucht. So lange Jugel in Versammlungen ist, sich mit Brodam zum Vertreter Spaniols herab und gegen uns loszog, war er ein lästiger brauchbarer Kerl, da hatte er keinen Makel, aber seitdem er in der Verhandlung mit dem Kontrollausschuß das Unrechte Spaniols eingesehen hat, ziehen seine früheren Freunde Spaniol-Brodam auch gegen ihn ihre überreichenden Flügelhaken aus. Alle anständigen Menschen müssen sich mit Elst von diesem Treiben abwenden.

Beineßt sei noch, daß Brodam auf unsere Frage, wo er in den zehn Jahren, in welchen er den Verband im Stück gelassen hatte, sich auswärtig aufhielt und wo er in dieser Zeit gewerkschaftlich und politisch organisiert gewesen sei, noch keine Antwort gegeben hat. Warum tut er das nicht? Wenn er fortwährend mit seiner langen Organisationszugehörigkeit hausieren geht, muß er doch leitere auch leicht nachweisen können. Gibt das nicht auch zu denken, daß Brodam darüber keine Ausklärung schafft? In den Verband trat Brodam nach zehnjähriger Abwesenheit erst 1905 beim Streik wieder ein.

Es ist den dortigen Mitgliedern bekannt, daß Brodam schon vor dem Fall Heinen-Spaniol gegen den Vorstand strake und gestränt hat, weil er nicht aufgestellt wurde. Es machte ganz offen Aufstellung. Es ist auch bekannt, daß Brodam, als er dort Zeitungsboten war, schon im zweiten Monat seiner Tätigkeit Verbandsälber unterschlagen hat, möglicherweise dann, durch seine Schuld, mit Gesetzesstrafe bestraft wurde. Der Vorstand, der einen Menschen von solcher Vergangenheit noch anstellen wollte, beging ein Verbrechen am Verbande. Horn hat auch bei vorletzter Versammlung in Schmidhorst mitgeteilt, wie vertrauensunwürdig sich Brodam vor 12 Jahren während seiner Amtststellung in falschen Konsumverein der Bergarbeiter betrogen hat. Wer trog all diese traurigen Tatsachen noch Brodam Vertrauen entgegenbringt oder ihn als Retter ansieht, der ist wirklich zu behauern, oder hat andere Absichten!

Wir können nur wiederholen, daß neben Heinen (siehe letzte "Bergarbeiter-Zeitung") noch Spaniol und Brodam mit Unrecht aus dem Verbande ausgeschlossen sind. Wer es so traut wie sich kann in kleinen geordneten öffentlichen Organisationen aufzuhören, das sollten auch die wenigen Mitglieder in Schmidhorst, Bischhausen, Niederdorfeld, Niedermengen, Nieder- und Oberborbeck und Winzlar, Brüder, bringen wie zu kennen, daß vom 11. April ab, jeden Samstag Nachmittag von 2 bis 8 Uhr abends, im Lokale des Herrn Möller, "Gasthof zum Bahnhof", in Hattingen, Nachschluß erreicht wird.

Den Ortsverwaltungen und Kameraden obigen Bezirks zur Kenntnis, daß vom 1. Mai d. J. an der Kameraden Winzent Brodum als dem Bezirk Recklinghausen als Bezirksleiter angeholt ist. Mit dem 1. Mai übernimmt er die Geschäfte und sind deshalb von diesem Tage an alle Anfragen, Briefe usw., an diesen zu richten und nicht mehr an mich. Seine Adresse ist: Recklinghausen-Süd, Herkendusstraße 1.

Diese Darstellung mit dem Revolver vollzog Spaniol in einer geradezu anekdoten marktschrekerischen Weise. Als man ihm nur 5 Pf. darauf bot, packte der Revolverheld seinen Revolver wieder ein und rückte ihn nur im ganzen Revier, wo er jetzt nach seiner prahlischen Androhung liberal Versammlungen abhalten will, gradezu als Reliquie zur Schau stellen.

Als der Schreiber dieses Spaniols Handlungsweise und seine Versammlungen ins richtige Licht gestellt hatte, kam noch Elsen zu Wort. Auch dieser brachte es fertig, die Zeugen, die im Steeler Kreis unter Eid ausgesagt, daß Heinen den Verbandsvorstand in schwerster Weise bestimmt und der Unterschlagung beichtete habe, aus schmiede zu beleidigen. Er bezichtigte diese Zeugen geradezu als Reliquie zur Schau stellen.

So operiert dieses "engelkreis", "wahrheitslebende" Dreigestirn. Die Versammlung drohte aufgelöst zu werden, weil sie unruhig wurde darüber, daß Spaniol sofort wieder das Wort nahm, ohne daß er an der Reihe war, und weil alle, die das Wort zur Geschäftsordnung erbat, es nicht bekamen. Das ist die geprägte demokratische Gerechtigkeit dieser Kumpels.

Wir überlassen das Urteil über dieses ganze, die Arbeiterbewegung schwer schädigende Treiben dieses Dreigestirns allen rechtlichen Denkenden. Alle Freunde und der Reichsbilderverband werden sich freuen. Die Mitglieder jedoch werden dem Verbandsvorstand dankbar sein, daß er diese "Mustercharaktere" entlarvt, im Verband können solche Menschen nicht gebildet werden.

Der Obrigc.

**Achtung!**

Der heutigen Zeitungssendung liegt für jede Zahlstelle ein Exemplar des Vierteljahrberichts der internationalen Bergarbeiter-Föderation bei.

**Auszahlung der Krankenunterstützung.**

Dahlhausen I. Die Krankenunterstützung wird jeden zweiten und vierten Samstag im Monat ausgezahlt.

**Achtung! Bezirk Recklinghausen!**

Den Ortsverwaltungen und Kameraden obigen Bezirks zur Kenntnis, daß vom 1. Mai d. J. an der Kameraden Winzent Brodum als dem Bezirk Recklinghausen als Bezirksleiter angeholt ist. Mit dem 1. Mai übernimmt er die Geschäfte und sind deshalb von diesem Tage an alle Anfragen, Briefe usw., an diesen zu richten und nicht mehr an mich. Seine Adresse ist: Recklinghausen-Süd, Herkendusstraße 1.

**Achtung! Arbeiterssekretariat Hamborn!**

Das Bureau ist von jetzt an jeden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 9 bis 12 vormittags und 2 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet.

**Nachschatztag in Hattingen.**

Unseren Mitgliedern von Hattingen, Altendorf (Wupper), Blankenstein, Bredenbühl, Dahlhausen I und II, Dahlhausen-Hörnerholz, Elsinghausen, Hattinghausen, Hattingen bei Hattingen, Horst (Wupper), Hiddinghausen, Niederdorfeld, Niedermengen, Nieder- und Oberborbeck und Winzlar, bringen wir zu kennen, daß vom 11. April ab, jeden Samstag Nachmittag von 2 bis 8 Uhr abends, im Lokale des Herrn Möller, "Gasthof zum Bahnhof", in Hattingen, Nachschluß erreicht wird.

**Vorherrevision.**

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden erbeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unmittelbare Wege eröffnet werden:

Frintrop. Vom 20. April bis 15. Mai.

Lugau. Vom 20. April bis 20. Mai.

Hattingen. Im Monat Mai.

Wolfenbüttel. Vom 1. bis 15. Mai.

Grele II. Vom 3. Mai ab.

Unna. Vom 15. Mai bis 1. Juni.

Brohlike. Vom 1. bis 15. Mai.

Westen-Wetteldorf. Vom 1. bis 15. Mai.

Wittenbergh. Vom 1. bis 10. Mai.

Lindenhorst. Im Mai.

**Der Vorstand.**

J. A. S. Sachse.

**Nachwort.**

Als obiges geschrieben war, lud Spaniol am Samstag nachmittag unsern Vorstand per Telefon ein, zu zwei öffentlichen Versammlungen in Schmidhorst zu kommen, wo er sich rechtfertigen wolle. Wenn Spaniol vielleicht spekuliert haite, daß wir, wenn er es so spät melden würden senden könnten, so hat er sich vertippt. Erzudenkt jedes Vorstandsmitglied nach anderwärts bestimmt zu Versammlungen zu gelangen, haben wir es doch möglich gemacht und wurden Sache und Vor. in die Versammlung nach Schmidhorst gesandt.

Wir hatten uns gewiß auf Verdehrungen gefaßt gemacht, aber was wir dort zu hören bekamen, welche Unwahrheiten dieser Mensch, Spaniol, sich dort in seinem zweijährigen Amtsjahr festsetzte, ist das Übelste, was wir bisher erlebt haben. Spaniol hat damit noch seinen Kumpel Brodam weit übertrffen.

Die erste Versammlung war 11 Uhr angezeigt, aber um die Zeit waren noch keine 50 Männer aus der kolossal starkevollen Umgebung da. Mit der Eröffnung mußte noch über eine halbe Stunde gewartet werden, bis 50 Männer anwesend waren. So sieht es mit dem kolosalen Anhang der Drei aus. Diese 50 waren aber noch mindestens die Hälfte, welche Vorstandsbeschlüsse in Bezug auf Ausschluß von Heinen, Spaniol und Broda in vollständig gutheilten.

Spaniol begann seinen sehr theatralisch gehästeten Speich mit einer Verhimmung des „Schlemmer“ Brodam, dann sang er seinem „Jannius Heinen“ ein Loblied, ähnlich wie es Heinen in seinem „Eingeschult“ in der Oberhausener Zeitungsausgabe über Spaniol getan hat. Das gegenwärtige Verhimmeln beruht also bei den Drei auf Gegenwärtigkeit. Dann aber zog Spaniol über den Vorstand her, an dem er natürlich kein gutes Haar ließ. Dem Kontrollausschuß warf er Fälschung vor, die er in dem veröffentlichten Bericht (siehe) vorgenommen haben soll. Der Kontrollausschuß habe ein so schlimmes Juiz zu vertheilen beginnen, wie es noch nie vorgekommen sei.

Horn hatte in der vorletzten Zahlstellenversammlung, wie oben bemerkt, u. a. auch darauf verwiesen wie Brodam gegen seine Familie gehandelt habe. Was machte daraus Spaniol? Er sagte, Horn habe in Grübchen herumgewühlt, habe die Frau Brodams aus dem Grübchen heraus an die Oberfläche geschmissen, habe sie mit Füßen getreten und die Leiche befudet. Horn habe eine vichische Handlung begangen.

Solche schmähliche Unterstübung leistet sich ein Spaniol, der sich in seiner Rede selbst ein Eigentob singt und sich als den gerechten und wahrheitsliebenden Menschen hinstellt. Dieses eine Beispiel genügt wohl schon um zu zeigen, wie es Spaniol treibt. Es wird gar nicht anders gehen, der Kontrollausschuß und Horn wird ihn, trotz allem Els, den man von der Sache bekommt, doch noch vor Gericht zitieren müssen, um zu zeigen, wie unerhört und erbärmlich dem Vorstand und Kontrollausschuß von diesem Menschen mitgespielt wird.

Aber auch den Zeugen erging es nicht besser, sie alle, selbst seine Freunde, die gegen Spaniol etwas gesagt, machte er in der infamsten Weise herunter.

Schließlich setzte Spaniol seinem Treiben noch die Krone auf. Er zog einen Revolver aus der Tasche und behauptete nun frech und frei, daß beim Streik vom Verband Revolver für alle Streikbüros angeschafft worden seien, damit die hungrigen Streikenden und deren Frauen und Kinder mit den Revolvern hätten niedergeschlagen werden sollen. Wir erklären hierdurch, daß seitens des Verbands-Vorstandes nicht ein einziger Streikbüro ein Revolver gekauft oder deren Kauf anempfohlen worden ist. Gest gest jetzt erfahren wir, daß in Oberhausen nach einigen recht wilßen Aufrütteln damals vom Streikbüro ein solcher gekauft worden ist. Und weiter stellen wir fest, daß es heute (den 27. April) bestätigt wird, daß gerade Spaniol der Anreger gewesen ist, daß damals ein Revolver in sein Büro kam, wo das Streikbüro saß. Derselbe Mann, der aus Furcht den Kauf eines Revolvers veranlaßte, versetze dreh das jetzt so, als ob der Verbandsvorstand für alle Streikbüros welche angeschafft habe.

Da Spaniol den Revolver behalten hat, ist das doch auch ein Beweis, daß das Streikbüro keinen Anspruch auf den Revolver macht. Weiß Scopp und die anderen sächsischen Kameraden nicht, daß

Berufswissenschaftlicher Unterricht zu Bergschulen ist bis ins kleinste nachgeahmt in den Bergbauschulen. Die Bergschule System Körner, Hirschfeld, eine Erfolgs- und Anreizgenossenschaft. Abteilung A, Ausbildungsbereich Bonn und Nachfolger Poldam Gf.

Gedenk erlösen:  
**Bergmann aufgewacht!**

Eine neue  
**Ansichtskarte**  
mit einem wundervollen Bild von unserem Arbeitgeberort.

Weltgrößte Klimapolen. Kameraden, die den Betrieb dieser Karte übernehmen wollen, erhalten Wünsche und Preise gegen Einwendung von 10 Pf. in Freimarken. 281 Albert Pantzor, Essen-Ruhr, Seegerstraße 14.

Achtung!  
**Kaffendertreter-Verein**  
im Augsburger Kreis.

Sonntag, den 3. Mai er-, nachmittags 1 Uhr, in Hotel Restaurant "Zum goldenen Löwen" in Augsburg.

**Beratung.**  
Tagesordnung:

1. Wahl eines neuen Mitglieders und Generalsekretärs.
2. Knappwahlwahlen der Kaffendertreter.
3. Kritik.
4. Vereinsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.

Es ist möglich, dass alle Kaffendertreter, in dieser Versammlung plakativ und zahlreich zu erscheinen, da der 2. Punkt der Tagesordnung ein in unsere Beratungszeitlinie hier eingreifender ist.

Der Vorstand.

Zahlstelle Mörs-Kochstrasse

Sonntag, den 3. Mai, nachmittags 1 Uhr: 202

**Ausflug nach Orsay.**

Sammelkunst beim Wirt Mehlken. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

**Marxlob-Bruckhausen.**

Bitte hiermit zur Kenntnis, dass ich das 199

**Biergeschäft**  
von Meier, Hagedornstraße, vom 1. Mai 1908 ab übernehme. Für alle Werte ich Sorge tragen.

Baldwin Müller.

**Eppendorfortheide**

**Geschäfts-Eröffnung**  
Habe im Hause des Herrn Gustav Hartmann, Eppendorfortheide, Bauschleiferstraße 80, ein

**Büchler-Geschäft**  
eröffnet und bitte um geneigten Zu-

druck. 3091 Karl Ballerdick, Büchler.

**Nur für Gewerkschaftler**

und Parteigenossen!

Vereinte:

Neue u. getrag. Anzüge, Zoppen, Westen, Hosen, Damen-Kleider, Mäntel, Mützen, Kinderkleider, Hüte, Schuhe aller Art, Heldmützen, Kappeln, Hüte, Mützen, Gräbenzeng, neue Grubenschuhe usw. usw.

L. Kampf, Althändler, Gewerkschaftler u. Parteigenossen.

Kopstadt Essen-Ruhr Kopstadt-straße 7.

**Arbeiter- Radfahrer-Bund Solidarität**

Sitz: Offenbach a. M. Gegründet 1896. Mitgliederzahl 90000.

Der Arbeiter-Radfahrer-Bund "Solidarität", welcher sich über ganz Deutschland, die Schweiz und einen Teil Österreichs erstreckt und die grösste radsportliche Organisation ist, bietet seinen Mitgliedern für ein Eintrittsgeld von 60 Pf. und einen Monatsbeitrag von 20 Pf. folgendes:

1. Das monatlich zweimal erscheinende Bundesorgan "Der Arbeiter-Radfahrer".

2. Unfallunterstützung und zwar im ersten Jahre der Mitgliedschaft 1 Mark, im zweiten Jahre 25 Mark und im dritten Jahre 1,50 Mark pro Tag für die Dauer von dreizehn Wochen für Rad- und Motorrad-Unfälle. Bei Unfällen mit tödlichen Ausgang 50 Mark und nach einer einjährigen Mitgliedschaft 100 Mark.

3. Sterbe-Unterstützung nach einer einjährigen Mitgliedschaft an die Hinterbliebenen 50 Mark.

4. Gewährung von Rechtschutz, in Fällen, welche für das Radfahrerwesen von Bedeutung sind.

5. Zollfreie Überquerung der Grenzen nach allen Ländern für Rad- und Motorfahrer.

6. Regelkarten für Rad- und Motorfahrer werden an die Bundesvereine gratis sowie an die Mitglieder zu ermäßigten Preisen abgegeben.

Alle Sportgenossen und -Genossen, welche unserem Bunde noch fern stehen, fordern wir auf, sich ununterbrochen als Mitglieder anzuschließen.

Trifft ein in die Reihen eurer Kleingenossen, in den Arbeiter-Radfahrerbund "Solidarität".

Alle Zuschriften resp. Befürwortungen sind zu richten an die Geschäftsstelle:

Carl Fischer, Offenbach a. M., Bismarckstraße 32.

**Große Freiheit**

erregt der Broschüre "Die Futter-Masse B mit dem Zvierg,

wenn man ihr den Futter der Ziere regelmäßig bringt. In-

folgedessen werden die Schnei-

deren schlachtreif

als bisher. War nach einem Verlust, der Hafer befriedigen wird. Ein Esel, ein Lamm, ein

Zeit reicht, da der Kopf und

Mahl mit der Erde voll beträchtlich wird, Inset:

5 Kilo 3,50 Mark, frisch per Post, 12 Kilo 6,50 Mark, 25 Kilo

11 Kilo 10 Mark, 50 Kilo 20 Mark, 100 Kilo 30 Mark, frisch jeder Bahnstation.

Frachtnahme 20 Pf. extra.

M. Brockmann, Chemische Fabrik beipzig-Eut. 121a

**Billige böhmische**

**Bettfedern,** aus Staub und gute

weiche 10 Pf. 20 Pf. 30 Pf.

billig und gut.

Neuer Katalog an jedem freil. 60 Pf. a. m. Pf. Danke Schreib.

Andre Musikkware sehr billig.

Benedikt Sackes, Leipzig 200, 3001

Pf. Silsen, Böhmen.

# Verliebt nicht

ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Fluschen, weisse, sammeelige Haut und blaudunklen Teint? Alles dies bewirkt nur die allein echte

**Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**  
von Bergmann & Co., Radebeul. A Stück 50 Pf. i. all. Apotheken, Droger. u. Parfüm.

Oeffentliche

## Bergarbeiter-Verfammlungen

inden statt:

Achtung! Bezirk Braunschweig Achtung!

Beendorf, Sonnabend, den 2. Mai, abends 8 Uhr.

Helmstedt, Sonntag, den 3. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Die Volks werden durch Handglocken beläutet gegeben.

Tagesordnung in allen Verfammlungen:

Wie ist den Wassenfests in Bergbau vorzubringen. Diskussion.

Referent: Kamerad Fr. Walther, Bochum.

Sonntag, den 3. Mai 1908:

Stettow. Nachmittags 4 Uhr, in der "Metzgkasse", Wilhelmplatz. Der oberösterreichische Bergmann 1. als ein von deutschen Kapitalisten ausgebetteter Arbeitervater, 2. als ein durch deutsche Kapitalisten reichlos gemachter Volk, 3. als ein durch Geschäftsvölker betrogener Mensch.

Referent: Kamerad Fr. Walther, Bochum.

Sonntag, den 3. Mai 1908:

Stettow. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Krech, v. d. Heidkiste. Das neue Reichsverfahrsrecht und welchen Standpunkt wollen die polnischen Bergarbeiter gegenüber den Landtagswahlen einnehmen?

Referent: Fr. Tuschinski, Bochum.

Sonntag, den 3. Mai 1908:

Stettow, Feuerwehr, Brüder und Schwestern. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Hupp in Stettow.

Was fordern wir Bergleute vor der Gelegenheit. Ehrlicher Referent zur Stelle.

Kameraden, erscheint zahlreich in diesen Verfammlungen!

3. Zahlstellen-Seste.

Groß-Möncheng, Rödingen und Rombach. Samstag, den 2. Mai, abends 7 Uhr, im Saale des Herrn Weber in Rombach. Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Theater, Gesang und Ball. Eintrittsgeld für Mitglieder wie Nichtmitglieder 50 Pf.

Wienelwitz. Sonntag, 10. Mai, nachmittags 6 Uhr, im Gasthof

zu Neuvierteldorf; Frühjahrsspekt. Eintritt 60 Pf.

Zur allgemeinen Bezeichnung wird an diesem Tage ein Postartenverleih eingerichtet. Die Mitglieder von Nijma, Alt- u. Neuvierteldorf, Kleinoda, Seesen, Zehau, Kriesbitz und Wienelwitz sind eingeladen.

Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Kontakt aus unserer Fabrik 10

Anzugstoffen, Paletotstoffen, Hosentoffen, Westenstoffen, Damantuches etc.

vorbildige Vorteile haben. Spezialität: Extraktionsneubau. Qualität zu allerbilligsten Preis. Verlangt Sie durch Postkarte Ihren, wir senden Ihnen sofort franko ohne Rechnung.

Lehmann & Assmy, Spremberg L. 24

Grösste u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dieser Art.

1. Arbeiters Solidarität

Sitz: Offenbach a. M. Gegründet 1896. Mitgliederzahl 90000.

Der Arbeiter-Radfahrer-Bund "Solidarität", welcher sich über

ganz Deutschland, die Schweiz und einen Teil Österreichs erstreckt und die

grösste radsportliche Organisation ist, bietet seinen Mitgliedern für ein

Eintrittsgeld von 60 Pf. und einen Monatsbeitrag von 20 Pf.

folgendes:

1. Das monatlich zweimal erscheinende Bundesorgan "Der Arbeiter-Radfahrer".

2. Unfallunterstützung und zwar im ersten Jahre der Mitgliedschaft

1 Mark, im zweiten Jahre 25 Mark und im dritten Jahre 1,50 Mark

pro Tag für die Dauer von dreizehn Wochen für Rad- und Motorrad-

Unfälle. Bei Unfällen mit tödlichen Ausgang 50 Mark und nach

einer einjährigen Mitgliedschaft 100 Mark.

3. Sterbe-Unterstützung nach einer einjährigen Mitgliedschaft an die

Hinterbliebenen 50 Mark.

4. Gewährung von Rechtschutz, in Fällen, welche für das Radfahrerwesen von Bedeutung sind.

5. Zollfreie Überquerung der Grenzen nach allen Ländern für Rad- und Motorfahrer.

6. Regelkarten für Rad- und Motorfahrer werden an die Bundesvereine gratis sowie an die Mitglieder zu ermäßigten Preisen abgegeben.

Alle Sportgenossen und -Genossen, welche unserem Bunde noch fern stehen, fordern wir auf, sich ununterbrochen als Mitglieder anzuschließen.

Trifft ein in die Reihen eurer Kleingenossen, in den Arbeiter-

Radfahrerbund "Solidarität".

Alle Zuschriften resp. Befürwortungen sind zu richten an die Geschäftsstelle:

Carl Fischer, Offenbach a. M., Bismarckstraße 32.

Große Freiheit

erregt der Broschüre "Die Futter-Masse B mit dem Zvierg,

wenn man ihr den Futter der Ziere regelmäßig bringt. In-

folgedessen werden die Schnei-

deren schlachtreif

als bisher. War nach einem Verlust, der Hafer befriedigen wird.

Ein Esel, ein Lamm, ein

Zeit reicht, da der Kopf und

Mahl mit der Erde voll beträchtlich wird, Inset:

5 Kilo 3,50 Mark, frisch per Post, 12 Kilo 6,50 Mark, 25 Kilo

11 Kilo 10 Mark, 50 Kilo 20 Mark, 100 Kilo 30 Mark, frisch jeder Bahnstation.

Frachtnahme 20 Pf. extra.

M. Brockmann, Chemische Fabrik beipzig-Eut. 121a

Meinel & Herold

Harmonika-Fabrik Klingenthal (Sachsen) Nr. 163

lief. 2, 4, 6, Schör. 1, 2, Steinl. sowie sonst. Wiener Harmonika 100 Nr. Unterhaltung billig und gut.

Neuer Katalog an jedem freil. 60 Pf. a. m. Pf. Danke Schreib.

Andre Musikkware sehr billig.